

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

PNA wollen Tunfischfang reduzieren

Im Jahr 2011 soll im westlichen und zentralen Pazifik 30 % weniger Tunfisch gefangen werden als in den vergangenen zwei Jahren. Das ist zumindest der Plan des im Dezember letzten Jahres stattgefundenen Runden Tisches der Mitgliedsländer des so genannten „Nauru Agreement“ (Parties to the Nauru Agreement, PNA). Dabei handelt es sich um acht pazifische Staaten: Papua-Neuguinea, Salomonen, Palau, Föderierte Staaten von Mikronesien, Nauru, Kiribati, Marshallinseln und Tuvalu. In den Gewässern dieser Länder werden jährlich 25 % des weltweit gejagten Tunfisches gefangen.

Nach den Vorstellungen der kleinen Länder sollten ab dem 1. Januar 2011 erhebliche Einschränkungen für den Fischfang in einem festgelegten Gebiet südlich von Hawai'i gelten. Ausländische Flotten beziehen bislang 85 % des regionalen Tunfisches, der später in Konservendosen verkauft wird, aus einer exklusiven Wirtschaftszone innerhalb der 200-Meilen-Zone vor den Küsten der Mitgliedsländer des Nauru-Abkommens.

Das geplante Verbot soll zunächst nur für Schiffe gelten, die mit Ringwadennetzen fischen. In diesen ringförmig um einen Tunfischschwarm ausgelegten Netzen können jeweils bis zu 200 Tonnen Fisch aus dem Meer gezogen werden. Auf diese Weise wird etwa drei Viertel des Tunfisches im Pazifik gefangen und an asiatische Konservenfabriken verkauft.

Die PNA verteilen Fischfanglizenzen an Ringwaden-Schiffe nicht anhand von Fischmengen, sondern gemäß des so genannten „Vessel Day Scheme“. Die-

ses reguliert, wie viele Schiffe an wie vielen Tagen jährlich Tunfisch jagen dürfen. Im letzten Jahr handelte es sich dabei um 40.000 so genannte „Schiffstage“ (ein Quotient aus der Anzahl der Schiffe und Anzahl der Tage). Diese Anzahl soll im bereits angelaufenen Jahr 2011 auf 28.469 Tage reduziert werden, um so eine größere Nachhaltigkeit bei der Bewirtschaftung der von Überfischung bedrohten Tunfischbestände im westlichen Pazifik zu erreichen. Im vergangenen Jahr hatten die Pazifikstaaten 4.308 „fishing days“, wohingegen die Fischfangflotten aus dem Ausland 17.984 Schiffstage zur Verfügung hatten.

Bereits heute gilt der Großaugentun als überfischt, der Gelbflossentun ist an der Grenze zur Überfischung. In dem Gebiet, das die Nauru-Vertragsstaaten für den Fischfang sperren wollten, machen Großaugen-Tunfische etwa 30% der Ringwadenfischerei aus.

Die ausländischen Fischfangnationen verweigerten bei dem Jahrestreffen der Fischereikommission für den Westlichen und Zentralen Pazifik in Majuro allerdings ihre Zustimmung zur Reduzierung der Fangquoten. Die USA nehmen unter Berufung auf einen erst in 2,5 Jahren auslaufenden Vertrag für sich in Anspruch, in dem 2,3 Millionen Quadratkilometer großen Gebiet weiter fischen zu dürfen. Die USA haben 36 Schiffe für die Ringwadenfischerei im Pazifik.

Auch die Europäische Union und Südkorea äußerten ihre Vorbehalte gegen den Plan der Nauru-Staaten. Obwohl sich Neuseeland als weitere Fischfangnation für den Plan einsetzte, wurde die Abstimmung über die geplante Reduzierung des Tunfischfangs auf das nächste Jahrestreffen der Fischereikommission im Jahr 2012 verschoben.

Mit der Reduzierung der Fangquote erhofft sich die PNA einerseits eine Erholung der Be-

stände, andererseits soll die künstlich erzeugte Verknappung im Fang den Pazifikstaaten höhere Einkünfte durch den Verkauf ins Ausland sichern. Die PNA sprachen sich bei ihrem Gipfeltreffen auch dafür aus, den Tunfisch direkt im Land zu verarbeiten, was sich wegen der Konkurrenz durch die angrenzenden asiatischen „Billiglohnländer“ zunehmend als unrentabel erweist. So gibt es heute in Amerikanisch-Samoa nur noch eine Tunfisch verarbeitende Konservenfabrik, vor Jahren waren es noch drei. Der Gouverneur von Amerikanisch-Samoa, Togiola Tulafono, sprach sich dafür aus, den Tunfisch unmittelbar in den Pazifikstaaten zu verarbeiten. Derzeit wird ein Großteil des im westlichen und zentralen Pazifik gefangenen Tunfisches in Thailand verarbeitet. Die Pazifikstaaten wollen und können mit diesem „Billiglohnland“ nicht konkurrieren und suchen nun nach Möglichkeiten, die Verarbeitung zurück in den Pazifik zu holen. Papua-Neuguinea beispielsweise erweitert derzeit mehrere bereits bestehende Tunfischfabriken in der „Pacific Marine Industrial Zone“ in Vidar in der Nähe von Madang.

Gouverneur Tulafono erklärte, die Pazifikstaaten müssten ihre ureigenste Ressource Fisch noch mehr schätzen. *„Tuna is the Pacific's oil. We should treat it in the same manner as oil producing countries treat their resource“*, so der US-Samoaner.

Die Fischereiminister der PNA hatten sich in Majuro auf Einladung des marshallischen Ministers für Ressourcen und Entwicklung, Mattlan Zackhras, getroffen. Ihre Pläne zur Reduzierung des Tunfischfangs um 30 % werden seit Jahren von Wissenschaftlern unterstützt. Sie warnen, dass der Fang von 80.000 Großaugen-Tunfischen in den Netzen der Flotten die Spezies auszurotten droht. Die PNA gab am Rande des Treffens bekannt, dass 2009

insgesamt 2,5 Millionen Tonnen Tunfisch im gesamten Pazifik gefangen wurden, davon allein 1.127.203 Millionen Tonnen in den Gewässern der PNA. Damit war 2009 im Vergleich zu den Vorjahren ein absolutes Rekordjahr, es wurden 70.000 Tonnen mehr gefangen als in 2008. 45 % des pazifikweit gefangenen Tunfisches kam aus den Gewässern der PNA, das entspricht 25 % der weltweit gefangenen Tunfische.

(<http://www.pnatuna.com>, *The Marshall Islands Journal* 26.11.10, 03.12.10, *Inter Press Service Nachrichtenagentur* 22.12.10, *Pacific Beat* 03.12.10)

Zollfreier Import von Fisch aus PNG und Fidschi in die EU

Weltweit gefangener Fisch, der in AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) weiterverarbeitet wird, kann in die Länder der Europäischen Union zollfrei exportiert werden. Das beinhaltet das „Interim Economic Partnership Agreement“ (IEPA) zwischen der EU und den AKP-Staaten. Verhandelt wurde darüber Ende letzten Jahres vor dem Parlamentarischen Komitee der Europäischen Union über den Welthandel („European Parliamentary Committee on International Trade“).

Für Papua-Neuguinea hatten Außenhandelsminister Sam Abal und Fischereiminister Ben Semri an dem Treffen in Brüssel teilgenommen. Papua-Neuguinea hatte das IEPA bereits im Dezember 2007 ratifiziert (ebenso wie Fidschi), es trat am 1. Januar 2008 in Kraft. Bisher sind PNG und Fidschi die einzigen Länder im Pazifik, die das IEPA unterzeichnet haben und deshalb in den Genuss des zollfreien Exports von Fisch kommen. Die Zollfreiheit beschränkt sich auf Fische, die in den AKP-Staaten verarbeitet werden, sei es in Form von vorgekochtem Fisch, Konservenfisch oder eingeschweißtem Fisch. Mit der Verarbeitung in einem AKP-

Land darf automatisch dieses Land als Herkunftsland bezeichnet werden, so sehen es die „Rules of Origin“ der EU zumindest vor. Konkret bedeutet das, dass in PNG und Fidschi verarbeiteter Fisch als Herkunftsbezeichnung diese Länder trägt, auch wenn der Fisch ganz woanders von ausländischen Fischfangnationen gefangen wurde.

Minister Abal bewertet die Fischereindustrie als eine der größten Einnahmequellen für die neuguineische Wirtschaft. Bis zum Jahr 2014 rechnet er mit Exporteinnahmen in Höhe von einer Milliarde Kina und der Schaffung von 40.000 bis 60.000 Arbeitsplätzen im Fischereisektor. (*Post-Courier* 08.10.10, *Pacific Islands News Association* 04.02.2010, <http://ictsd.org/i/publications/33418/>)

Manager von Meereschutzgebieten treffen sich

Erstmals haben sich die Manager der sechs größten Meereschutzgebiete weltweit zu einem Gipfeltreffen verabredet. Das erste Treffen dieser Art fand am 6. Dezember 2010 im „Office of National Marine Sanctuaries“ bei der amerikanischen Behörde NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration) in Honolulu (Hawai'i) statt. Eingeladen dazu hatten die Verwalter des „Papahâumokuâkea Marine National Monument“ (nordwestliche Hawai'i-Inseln) und der „Phoenix Islands Protected Area“ in Kiribati.

Das Treffen stand unter dem Motto „Big Ocean - A Network of the World's Large Scale Marine Managed Areas“ und sollte vor allem dem Erfahrungsaustausch dienen. Als „Marine Protected Areas“ (MPA) gelten die Schutzgebiete mit einer Fläche von mehr als 250.000 Quadratkilometern. Derart große Schutzgebiete gibt es noch nicht sehr lange. Zwar wurde das Great Barrier Reef in Australien bereits

vor 35 Jahren als Schutzgebiet ausgewiesen, doch folgten weitere fünf derart große Gebiete erst im Laufe der letzten drei Jahre. Von den rund 4.500 Meereschutzgebieten auf der Erde gelten nur fünf Gebiete als „large-scale MPA's“. Diese fünf vereinen immerhin die Hälfte der weltweit unter Schutz gestellten Wasserfläche in den Ozeanen.

Zu dem Treffen waren die Verantwortlichen folgender Meereschutzgebiete gekommen: Great Barrier Reef Marine Park (Australien), Motu Motiro Hiva Marine Park (Chile und Osterinsel), Marianas Trench Marine National Monument (Marianengraben) sowie die beiden einladenden Schutzgebiete aus Hawai'i und Kiribati.

Beim „Big Ocean-Treffen“ (so der Kurzname für die betroffenen Gebiete) ging es u.a. um den Umwelt- und Meeresschutz, die Kontrolle invasiver Spezies sowie die Übersäuerung der Meere. Auch die Frage nach der Überwachung derartiger großer Wasserflächen stand im Raum. Die Teilnehmer des Treffens kamen überein, ein Netzwerk namens „Big Ocean“ zu gründen und sich regelmäßig auszutauschen. Dazu wurde eine eigene Website eingerichtet.

Das nächste Treffen soll bereits in diesem Jahr stattfinden, vermutlich am Rande des „Second International Marine Conservation Congress“ vom 14. bis 18. Mai in Victoria (British Columbia). (*Rongorongo Man*, Volume 10, Issue 50, 17.12.10, <http://bigoceanmanagers.org/>)

3-Jahres-Plan zum Schutz von Feuchtgebieten

Das Sekretariat des pazifischen Umweltschutzprogrammes (Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme, SPREP) hat einem 3-Jahres-Plan zum Schutz pazifischer Feuchtgebiete zugestimmt. Das gab Vai Jungblut Ende letzten Jahres bekannt. Jungblut ist Pa-

zifikreferent bei der „Ramsar Convention“ und zuständig für diejenigen Pazifikstaaten, die dieses Übereinkommen über den Schutz von Feuchtgebieten ratifiziert haben. Das sind zurzeit Fidschi, die Marshallinseln, Palau, Papua-Neuguinea und Samoa. Tonga, Niue und Kiribati erwägen den Beitritt.

SPREP will Feuchtgebiete, Süßwasserseen, Vulkanseen, Korallenriffe und Mangrovenwälder an den Küsten unter besonderen Schutz stellen. Auch Seegraswiesen in Ufernähe und Lagunen zählen zu den Feuchtgebieten in der Region.

Info: Die Ramsar-Konvention bezeichnet das „Übereinkommen über Feuchtgebiete, insbesondere als Lebensraum für Wasser- und Wattvögel, von internationaler Bedeutung“ (engl. Convention on Wetlands of International Importance especially as Waterfowl Habitat). Es ist ein völkerrechtlicher Vertrag, der auf den Rat der UNESCO hin 1971 in der Stadt Ramsar (Iran) geschlossen wurde. Damit ist die Ramsar-Konvention eines der ältesten internationalen Vertragswerke zum Umweltschutz. Sie ist seit 1975 in Kraft und hat vier Aufgaben:

- Schutz von Feuchtgebieten
- Förderung der internationalen Zusammenarbeit beim Schutz von Feuchtgebieten
- Förderung des Informationsaustausches über Feuchtgebietsschutz und
- Unterstützung der Arbeit der Konvention.

Das Abkommen verpflichtet die Beitrittsstaaten, geeignete Maßnahmen zu unternehmen, die Biodiversität in den ausgewiesenen Gebieten zu erhalten. Eine Deklaration als Ramsar-Gebiet ist keine Schutz-kategorie im eigentlichen Sinne, das heißt, sie stellt keine konkrete rechtliche Handhabe dar, sondern ist ein „Gütesiegel“. Der Schutz selbst geschieht auf freiwilliger Basis der Unterzeichnerstaaten. Bis

dato haben 160 Staaten die Ramsar-Konvention ratifiziert, insgesamt stehen ca. 187 Millionen Hektar unter Schutz. Feuchtgebiete sind u.a. in Australien, Neuseeland, Indonesien, Papua-Neuguinea (Lake Kutubu), Palau, den Marshallinseln (Jaluit Atoll Conservation Area), Samoa (Lake Lanoto'o) und Fidschi (Upper Navua Conservation Area) ausgewiesen.

Am 2. Februar 2011 wurde übrigens der „World Wetlands Day“ begangen und gleichzeitig der 40. Jahrestag der Ramsar-Konvention gefeiert. (RNZI 03.09.10, <http://www.ramsar.org/>, http://www.ramsar.org/pdf/sitelist_order.pdf)

Tonganer zum Sprecher gewählt

Der tonganische Minister für Arbeit, Industrie und Handel, Lisiate Aloveita Akolo, ist zum neuen Sprecher (engl. „Lead Spokesperson“) für die Pazifikstaaten bei den Verhandlungen zwischen diesen und der Europäischen Union in Bezug auf die wirtschaftlichen Partnerschafts-abkommen (Economic Partnership Agreement, EPA) gewählt worden. Akolo soll die Pazifikstaaten im Verbund der AKP-Staaten (Afrika-Karibik-Pazifik) vertreten. Er wird direkt mit Vertretern dieser Staaten und der EU in Brüssel über die Rahmenbedingungen des erweiterten Abkommens verhandeln und die Ergebnisse an das Sekretariat des „Pacific Islands Forum“ kommunizieren.

Info: Das „Economic Partnership Agreement“ (EPA) bezeichnet ein von der EU gefördertes Abkommen über Freihandelszonen zwischen der EU und den 78 AKP-Staaten. Bis Ende 2007 sollten die Verträge über die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der EU und den 78 Staaten in Afrika, der Karibik und im Pazifik eigentlich abgeschlossen sein. Unter erheblichem Druck der EU haben bisher jedoch nur 20 von 78 Staa-

ten ein sog. Interimsabkommen abgeschlossen. Die karibischen Staaten (15) haben ein umfassendes EPA unterzeichnet. Alle übrigen AKP-Länder (63) sollen nun in einer zweiten Verhandlungsrunde Freihandelsabkommen akzeptieren, die u.a. auch die Liberalisierung von Dienstleistungen umfassen. Seit 2004 hat sich ein Bündnis von inzwischen 164 Organisationen und Netzwerken zur internationalen „Stop EPA-Kampagne“ gebildet. Die Unterstützer der Kampagne - zu denen auch das Pazifik-Netzwerk e.V. gehört - lehnen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen in ihrer derzeitigen Form ab. (Press Statement PIF 07.02.11, <http://www.stopepa.de/>)

EU vergibt Gelder zur Bekämpfung der Finanzkrise

Die Europäische Union hat Ende letzten Jahres Tonga und Tuvalu Hilfgelder in Millionenhöhe aus dem so genannten „Vulnerability FLEX mechanism (V-FLEX)“ zugesagt. Aus diesem Topf werden Afrika-Karibik-Pazifik-(AKP-)Staaten bedient, die besonders unter den Folgen der globalen Finanzkrise zu leiden haben. Die Gelder sollen vor allem in den Haushalt der betroffenen Staaten fließen. Tonga erhält 5,5 Millionen Euro, Tuvalu 1,5 Millionen Euro.

Insgesamt stellt die EU in diesem Jahr 19 AKP-Staaten 264 Millionen Euro zur Verfügung. In diesem Jahr sind Tonga und Tuvalu die einzigen Pazifikstaaten, die von Geldern des V-Flex profitieren. Im vergangenen Jahr hatten die Salomonen Hilfgelder aus diesem Fonds zugesprochen bekommen. (Flash d'Océanie 07.12.10, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/1091>)

Australischer Film ausgezeichnet

Ein australischer Film hat den "Großen Preis der Jury" beim Internationalen Filmfestival in Tahiti gewonnen. Der Dokumentarfilm „Contact“ von Bentley Dean und Martin Butler zeigt den Erstkontakt zwischen einer australischen Aborigine-Gruppe und den Europäern im Jahr 1964.

Das achte „Festival international du film documentaire océanien“ (FIFO) fand vom 24. bis 30. Januar im „Maison de la culture“ in Tahiti (Französisch-Polynesien) statt. Unter Vorsitz des französischen Filmemachers Luc Jacquet vergab die Jury drei Sonderpreise im Wert von jeweils 300.000 frz. Pazifikfrancs.

Die Preise wurden vergeben an: 1) „Kuru - The science and the sorcery“ von Robert Bygott und Ben Alpers. Der 52-minütige Dokumentarfilm spielt bei den Fore im Östlichen Hochland von Papua-Neuguinea. Hier leiden die Menschen unter einer besonderen neurologischen Erkrankung (Kuru im einheimischen Volksmund, auch Lachkrankheit genannt). 1962 wurde diese Krankheit erstmals von dem Neurologen Michael Alpers untersucht. Über 40 Jahre später ist Alpers mit dem Filmemacher Bygott erneut zu den Fore gereist. „Kuru“ ist ein interdisziplinäres Filmprojekt mit besonderem Augenmerk auf den medizinischen und ethnologischen Aspekten der Krankheit. Der Film wurde bereits auf mehreren Filmfestivals gezeigt und ausgezeichnet.

2) „Trouble is my business“ von Juliette Veber spielt an einer Schule im Süden von Auckland (Neuseeland) und zeigt das Bemühen eines Lehrers, aus seinen schwierigen Schülern etwas zu machen. Ob Drogen, Lernschwierigkeiten oder Mobbing - die Regisseurin ist dicht dran an schulischen Themen, so dass sich der Film in jede beliebige Schule übertragen lässt.

3) „This way of life“ von Thomas

Burstyn portraitiert Peter Karena, einen Mann europäischer Abstammung, der von Maori adoptiert wurde. Karena lebt mit seiner Frau, sechs Kindern und 50 Pferden auf einer Farm in Neuseeland. Der 84-minütige Film von 2009 schildert das Leben auf der Farm sowie den Konflikt zwischen Karena und seinem Vater.

„This way of life“ hat bei der Berlinale 2010 eine „besondere Anerkennung“ erhalten.

Das Publikum vergab ebenfalls einen Preis. Gewonnen hat ihn „Lucien Kimitete, un homme de la Terre des Hommes“ von Dominique Agniel. Zum Inhalt des Films: Am 23. Mai 2002 war ein Flugzeug des Typs Piper mit fünf Personen an Bord über dem Tuamotu-Archipel abgestürzt. Im Flugzeug befanden sich hochrangige Politiker, darunter Boris Léontieff, Berater in der Nationalversammlung von Französisch-Polynesien sowie Lucien Kimitete, Bürgermeister von Nuku Hiva auf den Marquesas-Inseln und ebenfalls Mitglied der Territorialversammlung. Kimitete hat sich zeit seines Lebens für die Bewahrung der marquesanischen Kultur eingesetzt und u.a. 1999 das erste Kunst- und Kulturfestival auf den Marquesas mitbegründet. Nach seinem Unfalltod avancierte Kimitete zur Ikone der einheimischen Bevölkerung. Der Dokumentarfilm schildert sein Leben.

(<http://fifo.ica.pf/2011/01/le-palmars-du-fifo-2011/>)

Verschollenes „achtes Weltwunder“ entdeckt

Bis zu ihrem Untergang durch einen Vulkanausbruch am 10. Juni 1886 galten die „Pink Terraces“ auf der Nordinsel von Neuseeland als das achte Weltwunder. Jetzt haben Wissenschaftler eher zufällig Überreste dieser rosafarbenen Terrassenformation in 60 Metern Tiefe im Lake Rotomahana entdeckt. Mit speziellen Unterwassergeräten, welche zuvor genau program-

miert worden waren, wollten die Wissenschaftler die geologische Struktur des Vulkansees untersuchen, um einen Plan über die Heißwasserauslässe und die Beschaffenheit des Sees zu erstellen. Dabei stießen sie auf die terrassenartigen Strukturen: „*Das erste Sonarbild deutete auf einen terrassenartigen Untergrund hin. Also haben wir das Areal mehrfach gescannt. Nun sind wir zu 95 Prozent sicher, dass wir Teile der einstigen rosafarbenen Terrassen gefunden haben*“, so Projektleiter Cornel de Ronde von dem amerikanisch-neuseeländischen Forscherteam unter Leitung von Wissenschaftlern der „Woods Hole Oceanographic Institution“.

Die Forscher nutzten für ihre Suche autonome Unterwasserfahrzeuge (so genannte AUVs), mit denen sie den Grund des Lake Rotomahana kartierten. „*Wir haben nichts dergleichen erwartet, als wir hier angefangen haben. Zunächst entdeckten wir unter Wasser Teile des einstigen Seeufers, die niemand bislang dort vermutet hatte und das war schon toll. Und dann fanden wir diese Strukturen, die durch den Schlamm und das Sediment des Seegrundes schimmerten. Schließlich sah man ganz deutlich die ein bis zwei Meter hohen sich überlappenden Formationen am Boden des Sees. Es ist fantastisch*“, so de Ronde.

Die weißen und rosafarbenen Sinterterrassen galten durch den Vulkanausbruch des Mount Tarawera am 10. Juni 1886 als zerstört. Von den einst benachbarten „White Terraces“ fehlt nach wie vor jede Spur.

Ihre Entstehung verdanken die Terrassen einem ausgedehnten geothermischen System im Untergrund. Aufgeheiztes und mit Mineralien angereichertes Wasser quoll aus zwei Geysiren nahe des Seeufers aus der Erde und floss einen Hang hinunter. Die sich ablagernden Mineralien hinterließen dann die weiß und rosa gefärbten Terrassen. Der

Vulkanausbruch hatte die Terrassen unter Tonnen von Asche und Sediment begraben. Er riss zudem einen tiefen Krater auf, der den See erweiterte und das gesamte Gebiet im Wasser versinken ließ.

Die rosa und weißen Terrassen galten lange als das „achte Weltwunder“. Bis zum späten 19. Jahrhundert zogen sie Touristen aus aller Welt an. (WHO/08.02.11, http://www.360grad-neusee-land.de/index.php?option=com_content&view=article&id=920:pink-terraces-wissenschaftler-entdecken-verschollenes-achtes-weltwunder-&catid=40:news&Itemid=27, <http://www.scinexx.de/wissen-aktuell-12956-2011-02-08.html>)

Weltweit dickste Menschen auf Nauru

Mitte Februar veröffentlichte „The Lancet“, eine bereits 1823 in England gegründete medizinische Fachzeitschrift, eine aktuelle Studie über Fettleibigkeit. Der von mehreren Ärzten herausgegebene Aufsatz „National, regional and global trends in body-mass-index since 1980“ macht auf den weltweiten Trend der Gewichtszunahme aufmerksam. Die Ärzte werteten dazu Patientendaten von 9,1 Millionen Menschen in 199 Ländern aus. Es wurden nur Erwachsene ab 20 Jahren in die Statistik aufgenommen. Des Weiteren trennten die Ärzte zwischen den Geschlechtern und ermittelten den durchschnittlichen Body-Mass-Index nach Alter, Land und Datum der Körpermessungen.

Die Ergebnisse der Messungen sind erschreckend: So sind insgesamt knapp 1,5 Milliarden Menschen übergewichtig, davon sind 205 Millionen Männer und 297 Millionen Frauen sogar fettleibig (adipös). Zwischen 1980 und 2008 stieg der Body-Mass-Index (BMI = Körpergewicht dividiert durch das Quadrat der Körpergröße) pro Jahrzehnt bei Männern um $0,4 \text{ kg/m}^2$ und bei Frauen um $0,5 \text{ kg/m}^2$.

Die höchste Gewichtszunahme verzeichnen dabei neun pazifische Inselstaaten. Auf den Cookinseln und auf Nauru stieg der BMI im letzten Jahrzehnt um zwei Kilogramm pro Quadratmeter an. Auf Nauru beträgt der BMI bei Frauen heute 35, bei Männern 33,9. Ab einem BMI von 25 gilt man als übergewichtig, ab 30 als fettleibig. Einen höheren BMI verzeichnen auch Samoa, Tonga und Palau. Den niedrigsten BMI haben Frauen aus Bangladesh (20,5) und Männer aus dem Kongo (BMI von 19,8). (The Lancet, Volume 377, Issue 9765, Pages 557 - 567, 12 February 2011, Heise online 13.02.11)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Somare erneut im Amt

Nach nur fünf Wochen hat sich der im Dezember 2010 zurückgetretene Premier Sir Michael Somare erneut selbst ins Amt des Premiers gewählt. Der 74-jährige erklärte, in Wirklichkeit sei er gar nicht offiziell zurückgetreten, sondern habe von seinem Amt „nur Urlaub genommen“. Aus Protest gegen diese Willkür unterbrach das Parlament seine Sitzungsperiode und gab bekannt, erst im Mai 2011 wieder zusammenzutreten. Sam Abal (National Alliance Party), Minister für Auswärtige Angelegenheiten, Handel und Immigration sowie Vize-Premier unter Somare, wurde aus der – zumindest von Seiten der Opposition - schon sicher geglaubten Position des Premiers wieder in die zweite Reihe gedrängt. Immerhin kehrte der ehemalige Generalgouverneur Sir Paulias Matane nicht in sein Amt zurück, so dass Michael Ogio in dieses Amt gewählt werden konnte. Das Mitglied der regierenden National Alliance Party und Abgeordneter für Nord-Bougainville erhielt 65 Stimmen, auf seinen

Herausforderer Sir Pato Kacara von der Opposition entfielen 23 Stimmen. Ogio ist der neunte Generalgouverneur seit der Unabhängigkeit Papua-Neuguineas im September 1975.

Somares „Urlaub“ wird ein juristisches Nachspiel haben, nachdem Generalbundesanwalt Sir Arnold Amet im Dezember dem von der Opposition ausgerufenen politischen Vakuum widersprochen hatte. Es sei nicht nötig, den Posten des Premiers neu zu besetzen, wie im Dezember von der Opposition erwünscht, da Somare nur einen „freiwilligen Kurzzeit-Urlaub“ angetreten hätte. Ein dreiköpfiges Gremien, bestehend aus den Richtern Roger Gyles (Australien), Sir Bruce Robertson (Neuseeland) und Sir Robin Auld (England), wird nun am 10. März 2011 mit den Anhörungen vor Gericht beginnen, um zu entscheiden, ob der „Urlaub“ Somares rechtsgültig war und ob er zukünftig erneut Urlaub von seinem Amt nehmen kann. (Flash d'Océanie 18.01.11, 28.02.11, Radio NZ Intern. 17.12.10, Radio Australia 13.01.11, CIA World Factbook)

Minenabraum zerstört Umwelt

Abräume aus der Mine „Hidden Valley“ in der Morobe Provinz zerstören das Flusssystem des Watut Flusses. Das haben aktuelle Satellitenfotos belegt. Sie zeigen den völlig verschlammten und mit Steinen und Geröll verstopften Fluss inmitten tropischen Regenwaldes. Traditionelle Landeigner beklagen, dass die Minenbetreiber sich nicht an Zusagen aus dem Umweltplan halten, demgemäß Rückhaltebecken für den mit Schwermetallen versetzten Abraum aus der Mine gebaut werden sollten. Als problematisch erwiesen sich auch falsche Berechnungen. So musste letztendlich mehr Gestein gesprengt werden, um im Tagebergbau an die wertvollen Bodenschätze zu kommen. Statt

sich zunächst um den Abtransport der wider Erwarten großen Geröllmenge zu kümmern, begann der Minenbetreiber sofort in zwei offenen Tagebauminen mit dem Abbau der Bodenschätze. Die anfallenden Sedimente werden direkt in den Watut entsorgt. Landeigner beklagen nun die Umweltschäden: Dörfer und Gärten mussten wegen der Veränderung des Flusslaufes verlegt werden, Fische sind ungenießbar geworden, das Flusswasser kann nicht länger als Trinkwasser genutzt werden, Hauterkrankungen durch das Baden im vergifteten Flusswasser haben zugenommen. Die Menschen haben auch Ernteauffälle zu beklagen. Ein Zusammenschluss betroffener Landeigner reichte nun eine gerichtliche Klage gegen den Minenbetreiber ein.

Anfang Februar verbot der Minenbetreiber den Menschen die Nutzung eines „Dschungeltracks“, über den bisher Nahrungsmittel und Medikamente in die Dörfer am Fluss gelangten. Der für die Provinz Morobe zuständige Gouverneur Sam Basil versprach, sich beim Minenkonzern für die Wiedereröffnung des Versorgungsweges einzusetzen und wenn nötig, ebenfalls vor Gericht zu ziehen. Über den so genannten „Bulldog Track“ konnten die Menschen aus Tekadu ihre Waren zum Verkauf auf den Markt nach Kaindi und Wau bringen. Nur dort befinden sich auch Schulen und ein Gesundheitsposten für die Menschen am Watut. Der Bulldog Track wurde 1943 von australischen Soldaten und Einheimischen angelegt als Versorgungsweg in das Markham Tal und an die Nordküste von Papua-Neuguinea. Mehr als 4.000 Arbeiter benötigten knapp neun Monate, um den Pfad so anzulegen, dass militärisches Material darüber transportiert werden konnte.

Info: Die offene Tagebauminen „Hidden Valley“ liegt in der Morobe Provinz, 90 Kilometer süd-

westlich von Lae. Es handelt sich um eine Gold- und Silbermine mit zwei offenen Tagebergwerken: In „Hamata“ wird Gold gefördert, ca. fünf Kilometer entfernt in „Hidden Valley“ werden Gold und Silber gewonnen. Um diese Bodenschätze aus dem Gestein herauszuwaschen, sind giftige Chemikalien nötig. Die Mine wird von „Morobe Mining Joint Ventures“ betrieben. 50 % der Anteile daran hält der Bergbaukonzern „Harmony“, die anderen 50 % die australische Bergbaufirma „Newcrest Mining Limited“, die auf den Abbau von Gold und Kupfer spezialisiert ist. Die Mine ging im Juni 2009 in Betrieb, im Mai 2010 erreichte sie ihre maximale tägliche Fördermenge. Im Durchschnitt werden in den beiden Tagebauanlagen über 14 Jahre täglich 4,7 Mio. Tonnen Gestein verarbeitet, um damit jährlich 7,8 Tonnen Gold und 105,7 Tonnen Silber zu produzieren. Im letzten Jahr beschäftigte das Konsortium knapp 2.000 Arbeiter und Angestellte auf dem Minengelände.

(Ramumine Wordpress Blog 08.02.11, 10.02.11, Email Dr. Roland Seib 14.02.11, http://www.harmony.co.za/b/ops_png_hv.asp)

500 Cholera-Tote

Fast 500 Menschen sind seit Ausbruch der Cholera-Epidemie im September letzten Jahres gestorben. In sieben der 19 Provinzen ist die Cholera ausgebrochen, davon ist die Western Province am schwersten betroffen. Hier starben knapp 300 Menschen an der Durchfallerkrankung. Selbst die Hauptstadt Port Moresby wurde nicht verschont. Der neuguineische Gesundheitsminister Dr. Clement Malau gab die Zahl der den Behörden bekannten Cholera-Opfer mit 483 an.

Verschiedene Ärzte kritisieren die Regierung für ihren laxen Umgang mit der Epidemie. Es gäbe nicht genug Aufklärung unter der Bevölkerung, wie man sich vor der Cholera schützen

könne und es mangle an Geld für Vorsorgemaßnahmen.

Die australische Regierung hat 1,7 Millionen AUS-Dollar zur Verfügung gestellt, um Reinigungstabletten für Wasser, Kochsalzlösungen für intravenöse Wasserzufuhr und Elektrolyte an die Betroffenen zu verteilen.

Info: Die Cholera ist eine schwere bakterielle Infektionskrankheit des Dünndarms, die durch das Bakterium *Vibrio cholerae* verursacht wird. Die Infektion erfolgt über verunreinigtes Trinkwasser oder infizierte Nahrung. Die Bakterien können extremen Durchfall und starkes Erbrechen verursachen, was zu einer schnellen Austrocknung mit Elektrolytverlust führen kann. Obwohl die meisten Infektionen (etwa 85 %) ohne Symptome verlaufen, beträgt die Sterblichkeit bei Ausbruch der Krankheit unbehandelt zwischen 20 % und 70 %. *(Radio Australia 15.02.11, News.com.au online, <http://www.flutrackers.com/forum/showthread.php?p=393638>, Fit for Travel)*

Studenten ausgezeichnet

Zwei Studenten aus Papua-Neuguinea haben den renommierten australischen „Prime Minister's Pacific Award“ (PMPA) für ihre besonderen Leistungen an der „University of Technology“ im australischen Queensland bekommen.

Parula Kwarara und Railako Boro lernten sich vor 18 Jahren im Studium an der University of Papua New Guinea kennen. Beide wollten sich nach ihrem Examen dort weiter qualifizieren und erhielten ob ihrer Leistungen ein australisches Stipendium für einen Aufbaustudiengang in Queensland. Kwarara, studierter Architekt, belegte den Studiengang „Infrastruktur und Transport“ und schloss jetzt mit Bestnote ab. Boro machte seinen Master in Projektmanagement.

Die PMPAs sind eine Initiative der australischen Regierung zur Würdigung der akademischen Leistung von Studierenden aus pazifischen Ländern, inklusive Osttimor. Der Preis besteht neben der Anerkennung in der Vergabe eines dreimonatigen Praktikumsplatzes bei renommierten australischen Firmen, wo die Studierenden Erlerntes in die Praxis umsetzen können. Außerdem können die Studenten an einem „Leadership Development Program“ teilnehmen. Es wird erwartet, dass die erfolgreichen Absolventen sich später beruflich in ihren Heimatländern engagieren.

Kwarara und Boro erhielten die Auszeichnung gemeinsam mit 25 weiteren Studierenden im Parlament in Canberra von Premierministerin Julia Gillard überreicht. Zu den Geehrten gehörten auch zwei Ni-Vanuatus: Frau Julie Garoleo, Personalverantwortliche im Ministry of Land von Vanuatu sowie Herr Stanley Trief, IT-Manager beim Zoll in Port Vila. (*Post-Courier* 04.01.11.
<http://www.dailypost.vu/~dailypos/content/ni-vans-win-pacific-award>)

Frauenaktivistin geehrt

Die aus der Provinz Western Highlands stammende Lily Be'Soer ist mit dem Menschenrechtspreis des Sekretariats der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) geehrt worden. Als „Gender Youth and Extension Adviser“ setzt sich Be'Soer für die Rechte von Frauen und Mädchen ein. Sie engagiert sich als Beraterin in Projekten gegen die Diskriminierung und sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern im Hochland. (*Radio Australia* 03.12.10)

Polizistin erhält höchste Auszeichnung

Sergeant Susanne Mondiai aus Mount Hagen ist unter 200 Kandidaten/-innen aus der gesamten asiatisch-pazifischen Region

als beste Polizistin auf Gemeindeebene vom „Australian Council of Women and Policing“ ausgezeichnet worden. Mondiai erhielt den Preis in Brisbane von Professor Simon Bronitt vom „Council for Excellence in Policing in Asia/Pacific“, der diese hohe Auszeichnung jährlich vergibt.

Sgt. Mondiai ist Oberkommandierende der Polizeikräfte auf Gemeindeebene (eng. „Acting Officer In-Charge for Community Policing Unit“) im Mount-Hagen Gebiet und zuständig für die Betreuung, Aus- und Weiterbildung ihrer KollegInnen. Schwerpunkt ihrer Arbeit ist die Bewußtseinsmachung des neuguineischen Rechtssystems für Menschen auf der grassroot-Ebene. Oft wüssten Frauen und Mädchen nicht, dass sie eine rechtliche Handhabe bei sexuellem Missbrauch oder Gewalt in der Ehe hätten, erklärte die engagierte Polizistin. Sie sei unermüdlich in ihrem Gebiet unterwegs, um in Schulen, Kindergärten und in Colleges auf die Einhaltung von Recht und Ordnung zu dringen und der Gewalt vorzubeugen. Ihr sei bewusst, dass sie in einem Land lebe, wo Recht und Ordnung ein großes Problem darstellten, erklärte Mondiai. (*Wantok Nr. 1895, Dezember 2010*)

Bialla gedenkt eines verstorbenen US-Soldaten

Die Menschen aus Bialla (West New Britain Province auf der Insel Neubritannien) haben mit einer traditionellen Abschiedsfeier des Todes des 94-jährigen ehemaligen US-Soldaten Fred Hargesheimer gedacht. Er starb am 23. Dezember letzten Jahres in Nebraska (USA).

Flugkapitän Hargesheimer (* 07. Mai 1916) war während des Zweiten Weltkrieges Pilot im achten „Photographic Reconnaissance Squadron“, einer Flug-Aufklärungseinheit der amerikanischen Luftwaffe. Während eines Aufklärungsfluges

über der Insel Neubritannien wurde er im Februar 1943 von einem japanischen Flugzeug abgeschossen. Hargesheimer rettete sich mit dem Fallschirm und landete im undurchdringlichen Dschungel im Inselinneren, wo er erst nach 31 Tagen mehr tot als lebendig von einheimischen Jägern der Nakanai gefunden wurde. Diese nahmen ihn mit in ihr Dorf Ea Ea (heute: Nantabu), pflegten ihn gesund und versteckten ihn vor den japanischen Truppen. Im Februar 1944 konnte er mit Hilfe amerikanischer Spione durch ein U-Boot gerettet werden.

Hargesheimer blieb dem Dorfzeit seines Lebens treu. Von 1970 bis 1974 lebte er sogar mit seiner Frau Dorothy dort. Er kam danach noch mehrfach nach Bialla, zuletzt 2006, um zwei von ihm finanzierte Schulen zu besuchen: Die „Airmen's Memorial Primary School“ und die „Noau Primary School“. Hargesheimer baute auch mehrere Büchereien, alle Gelder dazu stammten von amerikanischen Spendern. Im Jahr 2000 ernannten ihn die Dorfbewohner zum „Suara Auru“ („großer Krieger-Häuptling“).

Bereits 1999 hatte Hargesheimer Kontakt zur Ehefrau des japanischen Soldaten aufgenommen, der ihn abgeschossen hatte. Er wollte herausfinden, warum ihn dieser nicht beim Absprung erschossen hatte. Die Japanerin erklärte, ihr Mann leide nun an Alzheimer und könne diese Frage nicht mehr selber beantworten. Sie wisse aber aus Gesprächen, dass ihr Mann sich immer geweigert habe, Flüchtende zu töten. (*Post-Courier* 30.12.10, *Wikipedia Engl.*)

BOUGAINVILLE

Schwester Garasu geehrt

Die 48-jährige katholische Ordensschwester Lorraine Garasu Soli (kurz: Sister Lorraine) ist Anfang des Jahres von der neuguineischen englischsprachigen

Tageszeitung „The Postcourier“ in einem ganzseitigen Artikel als „living testimony“ geehrt worden.

Sister Garasu hat eine wechselvolle Biographie. Nach dem erzwungenen Abbruch der Grundschule wegen zu schlechter Noten in den naturwissenschaftlichen Fächern durchlief Lorraine Garasu zahlreiche Fortbildungen und Ausbildungen, u.a. am „College of Distance Education“. Von 1975 bis 1976 absolvierte sie eine Ausbildung zur Vorschullehrerin am „Vocational Training Centre“ in Hahela. Anschließend unterrichtete sie zwei Jahre lang am Lehrerseminar der United Church in Kekesu bei Tinputz im Norden von Bougainville. Ihr Herzenswunsch, Ärztin zu werden, scheiterte aus banalen Gründen: Sie konnte den Anblick von Blut nicht ertragen. Ohne einen offiziellen formalen Abschluss durfte Lorraine Garasu von 1998 bis 2001 am „Asia Pacific Development Centre“ im thailändischen Chiangmai an der Fortbildung „Women in Solutions of Armed Conflict“ teilnehmen. Noch während dieser Zeit gründete Garasu gemeinsam mit anderen Frauen das interreligiöse Frauen-Friedensforum auf Bougainville (Bougainville Inter-Church Womens' Forum), das sich für die friedliche Beendigung der so genannten „Bougainville Krise“ einsetzte. Garasu gelang es, rund 700 Frauen aus ganz Bougainville zu einem Friedensmarsch zu vereinen.

Aus ihrem Engagement für den Frieden heraus trat Garasu dem katholischen Orden „Nazareth Sisters“ bei. Sie ist außerdem tätig als Ausbilderin im Saint-Teresa-Noviziat in Chabai.

Sister Lorraine ist für ihre Friedensarbeit mehrfach ausgezeichnet worden, u.a. mit dem neuguineischen Preis für Führungskräfte sowie dem amerikanischen „Women of Courage“-Preis des Außenministeriums.

Sister Lorraine ist auf internationalem Parkett zu Hause und

reist unermüdlich als Referentin um die Welt. So nahm sie 2007 an der Tagung „Frieden im Pazifik“ im mittelfränkischen Neuen-dettelsau teil. Mehrfach war Lorraine Garasu auch bei katholischen und evangelischen kirchlichen Organisationen in anderen deutschen Bundesländern zu Gast. (*Postcourier* 18.01.11, *persönliche Gespräche mit Sister Lorraine*)

SALOMONEN

Neuer RAMSI-Koordinator

Der im Januar 2009 gewählte Koordinator für die „Regional Assistance Mission to the Solomon Islands“ (RAMSI), Graeme Wilson, legt am 1. April 2011 sein Amt nieder. Bereits jetzt stellen das Pacific Islands Forum (PIF), die Regierung der Salomonen und die Leitungsebene der RAMSI den Nachfolger vor: Nicholas Coppel tritt sein Amt bereits jetzt an, um von seinem Vorgänger in alle Arbeitsbereiche eingearbeitet werden zu können. Coppel wurde von der Australischen Regierung vorgeschlagen und sowohl vom PIF als auch von der salomonischen Regierung bestätigt. Der Australier verfügt über langjährige Erfahrung in der Zusammenarbeit mit pazifischen Staaten. Von 2006 bis 2008 war er Mitarbeiter des australischen Premierministers und dort verantwortlich für die Beziehungen u.a. zum Pazifik. Außerdem war Coppel im diplomatischen Dienst als Vize-Botschafter in Port Moresby (Papua-Neuguinea). Bis dato arbeitete er als Referent für die pazifischen Inselstaaten und Neuseeland im australischen Außenhandelsministerium („Department of Foreign Affairs and Trade“).

Info: RAMSI (auch: „Operation Helpem Fren“) ist seit über acht Jahren auf den Salomonen. Die rund 250 Männer und Frauen aus dem zivilen und soldatischen Bereich kommen aus Australien, Neuseeland und sechs weiteren Pazifikstaaten,

Australien hat traditionell die Leitung inne. Es handelt sich um eine „Friedensmission“, die zur politischen und sozialen Stabilisierung der Salomonen nach dem verheerenden Bürgerkrieg um Landrechte zwischen ethnischen Gruppen von den Insel Malaita und Guadalcanal beitragen soll. Mitarbeiter von RAMSI bilden dabei vor allem einheimische Polizisten und Angestellte im Öffentlichen Dienst aus. Außerdem beraten Wirtschaftswissenschaftler und Politologen die Regierung, auch Juristen stehen den nationalen Gerichtshöfen beratend zur Seite. (*Pressemitteilung* 24.02.11 auf <http://www.ramsi.org>)

Zweiter Flughafen

Der Premierminister der Salomonen, Danny Phillip, will den Regionalflughafen „Munda Point“ in Munda auf der Insel New Georgia in der Western Province zu einem internationalen Flughafen ausbauen lassen. Das gab er anlässlich seines Weihnachtsbesuches in Munda bekannt. Die Western Province sei das Einfallstor für internationale Touristen. Diese müssen bisher zunächst in die Hauptstadt Honiara auf der Insel Guadalcanal fliegen und von dort aus mit Kleinflugzeugen in einer Stunde weiter nach Munda.

Phillip will nun Gespräche mit betroffenen Landeignern führen. Der Ausbau des Flughafens auf New Georgia Island sei zwar teuer, aber die Regierung messe dem Tourismus in der Western Province hohe Bedeutung zu. Er sei zuversichtlich, dass die Landeigner der Erweiterung des Flughafens zustimmten und dass die Regierung Gelder zur Verfügung stellen werde, erklärte Moses Virivulomo, Mitarbeiter des salomonischen Verkehrsministers. (*Solomon Times* 29.12.10, *Google Maps*)

FIDSCHI

† Ratu Josefa Iloilo

Am 6. Februar verstarb Ratu Josefa Iloilovatu Uluivuda (kurz: Josefa Iloilo), der ehemalige Präsident Fidschis (2000 bis 2009), im Alter von 90 Jahren an den Folgen seiner Parkinson-Erkrankung in Suva.

Iloilo wurde am 29. Dezember 1920 in Viseisei im Bezirk Vuda im Westen von Viti Levu geboren. Er hatte hier zeit seines Lebens den traditionellen Häuptlingstitel „Tui Vuda“ inne, den höchstrangigen Titel im Bezirk. Iloilo war Vizepräsident unter Staatspräsident Ratu Sir Kamelese Mara, als die Regierung unter dem indischstämmigen Premierminister Mahendra Chaudhry durch einen Putsch von Nationalisten unter Führung des Geschäftsmannes George Speight am 29. Mai 2000 gestürzt wurde. Speight hatte damals ihn und weitere Parlamentarier im Regierungsgebäude als Geiseln gehalten. Nach Beendigung der Geiselnahme wurde Iloilo im Juli 2000 zum Präsidenten ernannt. Bei einem Putsch des Militärs am 5. Dezember 2006 wurde Ratu Josefa Iloilo gestürzt. Im August 2009 trat er als Präsident zurück.

Noch kurz vor seinem Rücktritt als Präsident setzte Iloilo im April 2009 die fidschianische Verfassung außer Kraft und entließ alle Richter des Landes, nachdem ein Gericht die militärische Übergangsregierung als illegitim verurteilt und Neuwahlen anberaumt hatte.

Als studierter Lehrer arbeitete Iloilo zunächst an Schulen, später in der Verwaltung. Anfang der 1990er Jahre wurde er ins Repräsentantenhaus gewählt. Iloilo war auch Laienprediger der Methodistischen Kirche von Fidschi und Rotuma und von 1997 bis 1998 deren Vizepräsident.

Am 14. Februar wurde der Leichnam in einer großen Zeremonie in Suva verabschiedet

und zum Begräbnis in seinen Heimatort Viseisei in Vuda überführt. Bei einer militärischen Parade durch die Hauptstadt wurde der in eine fidschianische Flagge gehüllte verstorbene Präsident von 300 Soldaten, dem aktuellen Präsidenten Epeli Nailatikau und dem Interims-Premierminister Commodore Voreqe Bainimarama eskortiert.

Schon während der Amtszeit Iloilos gab es immer wieder Spekulationen über den Gesundheitszustand des bei seinem Rücktritt 88-Jährigen und damit dienstältesten Staatsoberhauptes der Welt, der unter anderem an Parkinson erkrankt war. Nach zahlreichen Behandlungen im Ausland verstarb Iloilo im Suva Private Hospital.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp und Julia Ratzmann. <http://www.fijicoup2006.blogspot.com/2011/02/former-fiji-president-ratu-josefa.html>, Wikipedia, Film des Staatsbegräbnisses auf Youtube <http://www.youtube.com/watch?v=0jwqpr2zD44>, Fiji Times 14.2.2010, 15.2.2010, 16.2.2010; Fiji Sun 15.2.2010)

Wikileaks: Neuseeländ. Spionage

Die Veröffentlichungen von geheimen US-Depeschen durch Wikileaks haben auch im Pazifik zu Verstimmungen geführt. In einer der veröffentlichten Depeschen berichten US-Diplomaten von neuseeländischer Spionage in Fidschi und der Weitergabe von Informationen über die fidschianische Armee an die Vereinigten Staaten von Amerika. Den Depeschen zur Folge hat Neuseeland die vom *Government Communication Security Bureau* getragene *Waihopai Communications Base* im neuseeländischen Waihopai Valley unter anderem dazu benutzt, um Mobilfunkgespräche fidschianischer Militärangehöriger abzuhören.

Die fidschianische Regierung und insbesondere Interims-Premierminister Commodore Voreqe Bainimarama werfen Australien und Neuseeland schon seit einiger Zeit Spionage

vor, was bisher jedoch stets zurückgewiesen worden war. Erstaunlicherweise hat es bisher jedoch keine weitere Ausweitung neuseeländischer oder australischer Repräsentanten aus Fidschi gegeben. Die fidschianische Übergangsregierung hat sich mit Kritik bisher zurückgehalten und lediglich darauf verwiesen, man habe immer schon gesagt, Neuseeland würde Fidschi ausspionieren.

US-Diplomaten bescheinigen, dass neuseeländische Geheimdienstinformationen eine zentrale Rolle für die US-Regierung gespielt hätten, die Vorgänge des Militärputschs im Jahr 2006 in Fidschi zu „verstehen“ und dass die bis 2008 amtierende neuseeländische Premierministerin Helen Clark die Bedeutung der Auswirkungen des 11. Septembers 2001 verstanden habe, indem sie erkannt habe, dass Neuseeland zusätzlich zur Geheimdienstzusammenarbeit mit den USA und Australien auch eigene Geheimoperationen zur Bekämpfung des Terrorismus und der eigenen Sicherheit in der Region ausbauen müsse. Außerdem betrachtet die USA, wie die Dokumente zeigen, das zunehmende Engagement von Staaten wie China, aber auch Venezuela und Kuba, in der Region mit Sorge.

Andere Depeschen belegen außerdem, dass Geheimdienste bereits vor dem Militärputsch 2006 Hinweise auf die bevorstehende Machtübernahme der Armee hatten, dass Neuseeland sich für Fidschis Suspendierung im Commonwealth eingesetzt hat - während Staaten wie Malaysia sich für einen Verbleib Fidschis in der Organisation stark gemacht haben - und dass die Europäische Union der geplanten Suspendierung Fidschis aus dem „Pacific Islands Forum“ lange skeptisch gegenüber gestanden hat. *(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 16.12.2010; New Zealand Herald 23.12.2010, 24.12.2010; Fiji Times 14.12.2010, 26.12.2010)*

Treffen der Ministerial Contact Group on Fiji: Kein Beschluss über Teilnahme am PACER-Plus-Treffen

Zum ersten Mal seit Mai 2010 ist die „Ministerial Contact Group (MCG) on Fiji“ am 14. Februar 2011 in Port Vila in Vanuatu zusammengekommen. Es handelte sich um das insgesamt vierte Treffen der Gruppe, welche vom „Pacific Islands Forum“ nach der Machtübernahme des Militärs in Fidschi ins Leben gerufen wurde und auch nach der Suspendierung Fidschis aus dem Forum den Kontakt zwischen den Regierungen der Mitgliedsstaaten mit Fidschi aufrecht erhalten soll.

Neben dem Premierminister Vanuatus, Meltek Sato Kilman Livtuvanu, welcher die Sitzung leitete, nahmen an dem Treffen die Außenminister Neuseelands, Papua-Neuguineas und Tuvalus sowie Regierungsvertreter Samoas und Australiens teil. Fidschi wurde durch den Außenminister des Landes, Ratu Inoke Kubuabola, vertreten. Kubuabola präsentierte Fidschis Reformpläne, basierend auf der *People's Charter for Change, Peace & Progress*, für eine Rückkehr zur Demokratie. Gleichzeitig forderten die Teilnehmer von Fidschi jedoch konkretere Schritte für die Vorbereitung demokratischer Wahlen und forderten, dass diese so schnell wie möglich und nicht erst in 2014, wie es Fidschis Plänen entspricht, stattfinden müssten. Dies sei auch nötig, um Fidschis wirtschaftliche Situation zu verbessern. Verurteilt wurde auch die anhaltende Verlängerung der *Public Emergency Regulations* (PER) in Fidschi, die eine Gefahr nicht nur für die Demokratie, sondern auch für die Menschenrechte der fidschianischen Bevölkerung darstelle.

Kein abschließendes Ergebnis gab es hingegen bei Diskussionen über eine Teilnahme Fi-

dschis an regionalen Wirtschaftsverhandlungen. Die Frage über Fidschis Zukunft in diesen Verhandlungen war insbesondere bei den auf dem *Pacific Agreement on Closer Economic Relations* (PACER) basierenden sogenannten *PACER Plus-Verhandlungen* entstanden. Fidschi war zuletzt nicht mehr zu den mit dem Forum assoziierten Wirtschaftstreffen eingeladen worden, argumentiert jedoch, dass die Suspendierung aus dem Forum nicht den Ausschluss aus diesen Verhandlungen bedeute. Die Gruppe beschloss jedoch, einen Vorschlag zur Einbindung Fidschis bis zum diesjährigen Treffen des „Pacific Islands Forum“ in Neuseeland auszuarbeiten.

Kubuabola unterstrich, dass Fidschi die Entscheidungen des Forums, die 2009 zur Suspendierung Fidschis führten, respektiert und sprach eine Einladung an die MCG zu einem Besuch in Fidschi aus. Dieses Angebot wurde erfreut angenommen, ein Termin für das Treffen steht jedoch noch nicht fest.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp, Quellen: Pacific Islands Forum Secretariat 13.2.2011, 14.2.2011, Islands Business 15.2.2011)

Bainimarama bietet nach Erdbeben Unterstützung an: Unklarheit über fidschianische Opfer

Fidschis Übergangspräsident Commodore Voreqe Bainimarama hat Neuseeland nach dem verheerenden Erdbeben in Christchurch vom 22. Februar 2011 sein tiefes Mitleid ausgedrückt. Er sei geschockt über den Verlust so vieler Menschenleben. Die Bevölkerung und die Regierung Fidschis teilten ebenso wie er persönlich den Schmerz und das Leid des neuseeländischen Volkes und seiner Regierung. Gleichzeitig bot Bainimarama in einem Schreiben an den neuseeländischen Premierminister John Key die Hilfe Fidschis an. Fidschi sei be-

reit, alle in seiner Macht stehenden Möglichkeiten zu ergreifen, um Neuseeland im Umgang mit den Folgen des Erdbebens beizustehen, sofern Neuseeland dies akzeptieren sollte. Durch welche Hilfeleistungen genau Fidschi Neuseeland zu unterstützen wünscht, wurde nicht bekannt. Das politische Verhältnis zwischen Fidschis Übergangsregierung und Neuseeland war zuletzt sehr kühl gewesen.

Währenddessen besteht nach wie vor Unklarheit über mögliche fidschianische Opfer. Medieninformationen zur Folge hat das Erdbeben in Christchurch auch acht fidschianische Opfer gefordert. Weitere sechs Fidschianer seien schwer verletzt worden. Die fidschianische Regierung gab jedoch noch kurz zuvor bekannt, es habe keine fidschianischen Opfer gegeben und man habe Kontakt zu allen in Christchurch lebenden Staatsbürgern aufgenommen.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 24.2.2011, Fiji Times 24.2.2011, Fiji Government Ministry of Information 22.2.2011, 23.2.2011, 24.2.2011)

Kreditwürdigkeit Fidschis wird heraufgestuft

Eine der wichtigsten Wirtschaftsanalysegesellschaften hat in einer aktuellen Bewertung die Kreditwürdigkeit Fidschis heraufgestuft. Die amerikanische Wirtschafts-Rating-Gesellschaft „Standard & Poors“, eine Tochtergesellschaft der McGraw-Hill Company, hat Fidschis Kreditwürdigkeit von „stabil“ auf „positiv“ geändert. Dies könnte einen wichtigen Impuls für das zukünftige Potential des wirtschaftlichen Wachstums des Landes bedeuten. Die fidschianische Regierung äußerte sich erfreut über die Aufwertung. Übergangspräsident Voreqe Bainimarama sagte, man erwarte durch die verbesserte Bewertung steigendes Vertrauen potentieller Investoren in die fidschianische Wirtschaft. Die angestiegene Bewertung bestätige

außerdem die Reformen seiner Regierung zum Staatshaushalt und zur Steigerung der Transparenz im fidschianischen Wirtschafts- und Finanzsystem.

Standard & Poors gab bekannt, die Aufwertung habe unter anderem mit den in Fidschi gehaltenen Währungsreserven zu tun. Auch, so hieß es, trüge die Aufwertung den zuletzt wieder steigenden Touristenzahlen in Fidschi Rechnung. Gleichwohl gibt die Aufwertung nur sehr begrenzt Auskunft über die wahre wirtschaftliche Lage Fidschis und reflektiert nicht die sich verschlechternde Lage der Bevölkerung des Staates. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: Islands Business 23.2.2011, <http://www.standardandpoors.com>)

VANUATU

Neuer Premier nach Misstrauensvotum

Bei einem Anfang Dezember letzten Jahres gestellten Misstrauensvotum verlor Premierminister Edward Natapei sein Amt. Das Parlament ernannte den bisherigen Vize-Premier und Handelsminister Sato Kilman von der „People's Progress Party“ zum neuen Premierminister. Dieser bestellte Ham Lini von der „National United Party“ (NUP) zum neuen Vize-Premier und Handelsminister. Kilman bildete das Kabinett wenige Tage nach seiner Wahl um und bestellte überwiegend Parteigenossen sowie Mitglieder der NUP in sein Kabinett. Ausnahmen sind u.a. das Finanzministerium, das nun von Frau Moana Carcasses von der Partei „Green Confederation“ geleitet wird, sowie die von parteilosen Ministern geleiteten Ministerien. Die Parteilosen hatten sich zur so genannten „Alliance“ zusammengeschlossen: Gesundheitsminister ist Don Ken, Minister für einheimische Wirtschaftsunternehmen ist Ralph Regenvanu und Minister für Liegenschaften ist Paul Telukluk.

Die Opposition bilden die „Vanuaaku Pati“ von Edward Natapei und die „Union des Partis Modérés“ (UPM) von Serge Vohor.

Das neue Kabinett hatte allerdings nur bis Anfang Februar dieses Jahres Bestand. Einige Minister waren unzufrieden mit der Anzahl der Sitze ihrer Partei im Kabinett und legten am 11. Februar ihr Amt aus Protest nieder. So traten Serge Vohor und Charlot Salwai (Vizepräsident der UPM) zurück, desgleichen Landwirtschaftsminister Marcelino Pipite von der Republikanischen Partei. Wenige Tage später kam es zu einer erneuten Umbildung des Kabinetts, so dass Pipite jetzt Bildungs- und Erziehungsminister ist und Esmon Sae Minister für einheimische Unternehmen (anstelle von Ralph Regenvanu, der Minister für Landbesitz wurde).

Nach Angaben des neuseeländischen Radios ging die neuerliche Umbildung des Kabinetts mit Handgreiflichkeiten umher.

Hintergrund: Zu dem Misstrauensvotum war es gekommen, weil sich Natapei weigerte, den Vorsitz der „Melanesian Spearhead Group“ (MSG) turnusgemäß an Fidschi zu vergeben. Natapei fürchtete den Einzug anti-demokratischer Strukturen in die MSG, da Fidschis Interim-Premierminister Militärkommandant Frank Bainamarama noch nicht durch demokratische Wahlen legitimiert ist. Zur MSG gehören Vanuatu, Fidschi, die Salomonen, Papua-Neuguinea und die Partei „FLNKS“ von Neukaledonien.

(Flash d'Océanie 03.12.10, Radio NZ Intern. 19.02.11, CIA World Factbook, Wikipedia)

Zyklon Vania

Der Mitte Januar über die Inseln Tanna und Erromango gezogene Zyklon Vania hat die Plantagen auf den Inseln nahezu vollständig zerstört. Bereits vor Durchzug des Zyklons hatte der

Vulkan Yasur auf Tanna durch ausgeworfene Lava und Rauch die Ernährungssituation auf Tanna gefährdet. Die vanuatische Regierung hat deshalb 584.000 € für die rund 6.000 betroffenen Menschen bereitgestellt. Mitarbeiter des Roten Kreuzes, des Kinderhilfswerkes der Vereinten Nationen und der Weltgesundheitsorganisation WHO leisteten Nothilfe.

Vania war der erste Zyklon in der Ende Dezember/Anfang Januar beginnenden Saison der tropischen Wirbelstürme im Pazifik. Er erreichte die Stärke 3 (von 5). Mit dem Zyklon einher gingen starke Regenfälle, die die Aufräumarbeiten auf den Inseln weiter erschwerten.

Vania war von Neuseeland kommen über Vanuatu bis nach Neukaledonien gezogen, wo er schon sehr abgeschwächt kaum noch Schäden anrichtete.

(Flash d'Océanie 04.02.11, Wikipedia, http://www.nasa.gov/mission_pages/hurricanes/archives/2011/h2011_93P.html)

KANAKY (NEUKALEDONIEN))

† Jacques Lafleur

Am 4. Dezember 2010 starb Jacques Lafleur an der „Gold Coast“ von Queensland (Australien) an den Folgen eines Herzinfarktes.

Lafleur wurde am 22. November 1932 in der neukaledonischen Hauptstadt Nouméa als Sohn des europäischen Industriellen und Minenbesitzers Henri Lafleur geboren. Nach einem Jurastudium in Paris stieg Lafleur zunächst in den Betrieb seines Vaters ein. Im September 1972 wurde er in die Territorialversammlung gewählt. 1977 gründete Lafleur gemeinsam mit anderen Politikern die Partei „Rassemblement pour la Calédonie“ (RPC), deren Ziel zwar eine gewisse Autonomie Neukaledoniens, doch der Beibehalt des politischen Status als französi-

sches Überseegebietes ist. 1978 wurde Lafleur gleich bei seiner ersten Kandidatur in die französische Nationalversammlung gewählt, in die er bis 2007 ständig wiedergewählt wurde. Ebenfalls 1978 gestaltete Lafleur die RPC um und nannte sie fortan „Rassemblement pour la Calédonie dans la République (RPCR). 1984 gründete sich unter dem Unabhängigkeitsbefürworter Jean-Marie Tjibabou die Partei „Front de libération national kanak socialiste“ (FLNKS). Zwischen der RPCR und der FLNKS kam es in den folgenden Jahren zu schweren politischen Auseinandersetzungen, beide Parteiführer bemühten sich jedoch um Besonnenheit. Die politische Krise wurde erst am 26. Juni 1988 für beendet erklärt, als Lafleur, Tjibabou und der französische Premierminister Michel Rocard das so genannte „Abkommen von Matignon-Oudinot“ unterzeichneten. Tjibabou wurde am 4. Mai 1989 gemeinsam mit einem Parteifreund von einem fundamentalistischen Unabhängigkeitsbefürworter erschossen.

1998 unterzeichnete Lafleur auch das Abkommen von Nouméa. Beide Abkommen regeln den zukünftigen politischen Status des melanesischen Inselstaates, in dem sie etwa den Zeitpunkt für ein Referendum über die Unabhängigkeit beinhalten.

2004 verlor Lafleurs Partei bei den Wahlen die Mehrheit, weil sich einige seiner Parteigenossen abspalteten und als Protest gegen den autokratischen Führungsstil Lafleurs eine eigene Partei (Avenir ensemble) gründeten. 2007 verlor er sein Mandat als Mitglied der Territorialversammlung. Im April 2010 trat Lafleur offiziell aus Altersgründen von allen Ämtern zurück, nicht, ohne sich zuvor mit vielen seiner alten Parteifreunde zerstritten zu haben.

Noch wenige Wochen vor seinem Tod hatte Lafleur in Nouméa den von Deutschland und

der UNESCO verliehenen Orden „Colombe de la Paix“ (Orden für den Einsatz um Frieden und Gerechtigkeit, der seit 2008 in Erinnerung an den 60. Jahrestag der Erklärung der Allg. Erklärung der Menschenrechte vergeben wird) verliehen bekommen.

Anlässlich seines Todes äußerten sich Politiker in Frankreich und im Pazifik zu Lafleurs politischem Einfluss auf die neuere Geschichte Neukaledoniens. Der amtierende Präsident der neukaledonischen Territorialversammlung, Philippe Gomès von der gemäßigten Rechten, sagte: *„C'est un géant de la politique calédonienne qui nous quitte. Il a marqué de manière indélébile l'histoire du pays.“*

Harold Martin, Präsident des Kongresses, erklärte: *„...celui qui a sauvé la Nouvelle-Calédonie et lui a donné une perspective.“*

Der Präsident der französischen Nationalversammlung, Bernard Accoyer, sprach von einem *„Mann des Friedens und des Dialogs“*. Präsident Nicolas Sarkozy lobte vor allem den Einsatz eines der dienstältesten französischen Politiker für den Beibehalt des politischen Status als Überseegebiet.

Im Privatleben tat sich der 78-jährige Lafleur vor allem als Amateurgolfer und als Liebhaber eines guten Tropfen Weins hervor.

(Wikipedia Frz., La Libération 06.12.10, Oceania Flash 06.12.10, Le Monde 05.12.10)

MIKRONESIEN

Moratorium für Karettschildkröten

Palau: Anfang des Jahres hat der palauische Präsident Johnson Toribiong ein fünfjähriges Moratorium auf den Fang von Karettschildkröten erlassen. Parlamentsmitglied Kalistus Ngirturong hatte 2009 eine Eingabe zum Schutz dieser Schildkröten-

art gemacht. Das neue Gesetz RPPL 8-23 sieht vor, dass Schildkröten im Zeitraum vom 1. Mai bis zum 31. Januar weder gefangen noch getötet werden dürfen. Ganzjährig dürfen dem Meer nur Schildkröten ab einem bestimmten Durchmesser ihres Panzers entnommen werden. Auch das Schildkrötengelege darf nicht angetastet werden.

Toribiong erklärte, das neue, zunächst auf fünf Jahre befristete, Gesetz sei ein weiterer Schritt zum Schutz der Umwelt in Palau.

Info: Die „Echte Karettschildkröte“ (lat. Eretmochelys imbricata) ist maximal 90 cm lang und erreicht ein Gewicht von bis zu 75 Kilo. Sie kommt sowohl im Atlantik (Eretmochelys imbricata) als auch im Pazifik (Eretmochelys imbricata bissa) vor. Die Hornplatten des Panzers dieser Tiere überlappen einander und stellen als echtes Schildpatt die wertvollste Form des begehrten Rohstoffes für Kunstgewerbe und Schmuckgegenstände. Durch den extrem hohen Wert der Panzer wird der Schutz der Tiere massiv erschwert. Heute sind beide Unterarten vom Aussterben bedroht und stehen durch das Washingtoner Artenschutzabkommen unter internationalem Schutz.

Aufgrund ihres Fleisches, ihrer Eier und besonders wegen des Schildpatts wurden die Echten Karettschildkröten intensiv bejagt. Der Verzehr des Fleisches ist dabei für den Menschen keineswegs ungefährlich. Haben die Tiere zuvor giftige Meerestiere oder -pflanzen gefressen, kann das Fleisch der Karettschildkröte auch für den Menschen gefährlich sein.

(Marianas Variety 04.01.11, <http://www.iucnredlist.org/apps/redlist/details/8005/0>, Wikipedia)

Gouverneurin für Angaur

Palau: Maria Gates-Meltel ist Anfang des Jahres als neue Gouverneurin des Bundesstaates Angaur in der Republik Palau vereidigt worden. Angaur ist eine Insel südwestlich von Peleliu, Hauptstadt dieses Bundesstaates ist Ngaramasch. Bei Touristen ist der westliche Teil der Insel mit seiner Lagune und seinem kleinen Hafen als Surf-Sport bekannt und beliebt. Auf der nur acht Quadratkilometer großen Insel leben 188 Menschen.

Gates-Meltel ist die achte Gouverneurin von Angaur. Sie ist verheiratet und hat drei Söhne. In ihrer Antrittsrede vor der versammelten Regierung unter Präsident Johnson Toribiong sprach sich Gates-Meltel vor allem für die Bewahrung der traditionellen Kultur, den Schutz der Umwelt sowie für größere Bildungschancen für Jugendliche aus. Wichtig sei ihr auch Transparenz und Rechenschaft der Regierung (accountability) über die Verwendung von Geldern, erklärte Gates-Meltel.

Info: Die Republik Palau ist eine nach amerikanischem Vorbild aufgebaute präsidentiale Republik und ist in sechzehn Verwaltungseinheiten („Staaten“) aufgeteilt. Die Legislative der Republik Palau bildet das Parlament „Olbiil Era Kelulau“ (dt. „Haus der besprochenen Entscheidungen“). Es ist ein Zweikammerparlament und wird vom Volk jeweils für vier Jahre direkt gewählt. Das Repräsentantenhaus besteht aus sechzehn Delegierten, je einem für jede Verwaltungseinheit Palaus, der Senat hingegen setzt sich aus neun Senatoren zusammen, die in Abhängigkeit von der Bevölkerung der einzelnen Mitgliedsstaaten gewählt werden.

Die Exekutive der Republik Palau besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und dem 16-köpfigen Häuptlingsrat. Diese haben zur Unterstützung in ihren Aufgaben die Verwal-

tungsminister. Der Häuptlingsrat wird aus den Häuptlingen der sechzehn Verwaltungseinheiten gebildet. Dieses Gremium berät den Präsidenten über das Brauchtum im Zusammenhang mit der Verfassung und den Gesetzen. (*Marianas Variety 07.01.11, Wikipedia, CIA World Factbook*)

Rotarier unterstützen russisches Waisenhaus

Nördliche Marianen: Der Rotary-Club Saipan hat ein Projekt des russischen Rotary-Clubs Vladivostok Eco in der gleichnamigen Stadt unterstützt. Gemeinsam mit Rotariern aus Taiwan finanzierten die Mitglieder beider Clubs das „Warm Doors Project“ im städtischen Krankenhaus von Vladivostok. Es handelt sich dabei um eine Art innerbetriebliches Waisenhaus in den Räumen des Krankenhauses. Hier werden verwaiste Kinder von der Geburt bis zur Vollendung des vierten Lebensjahres untergebracht und betreut. Das Waisenhaus vermittelt mit seinem Adoptionsprogramm jährlich rund 200 Kinder in Familien in die USA.

Die Rotarier aus Saipan finanzierten vor allem die Inneneinrichtung des Heimes, so wurden neue Türen eingebaut, eine Rezeption in die Eingangshalle verlegt und neues Mobiliar angeschafft. Auch die Außenwandwärmehämmung konnte verbessert werden.

Anfang Dezember 2010 nahmen Rotarier aus Saipan und Taiwan an der feierlichen Wiedereröffnung des Waisenhauses in Vladivostok teil.

Info: Der 1905 gegründete Rotary-Club ist der größte und älteste Service-Club weltweit. „Rotary International“ ist die Dachorganisation dieser weltweiten Clubs, zu denen sich Angehörige verschiedener Berufe unabhängig von politischen und religiösen Richtungen zusammenschlossen haben. Als seine Ziele

nennt Rotary humanitäre Dienste, Einsatz für Frieden und Völkerverständigung sowie „Dienstbereitschaft im täglichen Leben“. (*Marianas Variety 14.01.11, <http://rotarysaipan.com/>, Wikipedia*)

Australien entsendet Personal

Kiribati: Das Ende letzten Jahres verlängerte Partnerschaftsabkommen zwischen Australien und den Marshallinseln sieht neben der finanziellen Unterstützung in Höhe von 750.000 AUS Dollar jährlich erstmals auch die Entsendung von Fachpersonal auf die Inseln vor. Schwerpunkt des Abkommens ist die Verbesserung der Trinkwasserversorgung, die Instandsetzung des Abwassersystems in den größeren Ansiedlungen sowie die Stromversorgung. Dazu wird pro Sektor jeweils ein technischer Berater auf die Inseln entsandt. Sie sollen die marshallischen Behörden bei der Erstellung eines neuen Wasser- und Energiekonzeptes unterstützen. In Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und dem Secretariat of the Pacific Community will AUSAid, die staatliche australische Entwicklungshilfeorganisation, schwerpunktmäßig Wassertanks zum Auffangen des Regenwassers in den Dörfern aufstellen lassen. Bis dato wurden bereits 1.000 Wassertanks in Dörfern ohne regelmäßige Trinkwasserversorgung aufgestellt.

Australien fördert außerdem sechs Studierende mit Übersee-Stipendien. Dabei ist die Unterstützung unabhängig davon, welches Fach die Studenten an welcher Universität belegen wollen. Außerdem bietet AUSAid das so genannte „Small Grants Scheme“ an. In diesem „Topf“ befinden sich 100.000 AUS Dollar, die von Nichtregierungsorganisationen für die Durchführung lokaler Projekte angezapft werden können.

(<http://www.mvariety.com/community-bulletin/australian-envoy-sees-better-focus-under-new-north-pacific-aid->

pacts.php, The Marshall Islands Journal
17.12.10)

Volkszählung vorbereitet

Marshallinseln: Bereits jetzt haben auf den Marshallinseln die Vorbereitungen für die im April beginnende Volkszählung begonnen. Die Volkszählung steht unter der Aufsicht des „Economic Policy, Planning and Statistics Office at the Capital“ (EPPSO) in Majuro, der Hauptstadt der Inseln. EPPSO-Direktorin Hemline Ysawa erklärte, man benötige insgesamt 230 Helfer für die Erfassung der Bevölkerungszahlen. 150 Helfer sollen auf Majuro, 80 auf Ebeye angestellt werden. Diese Personen werden Ende März in zwei Workshops auf ihre Aufgaben vorbereitet. Die Interviewer werden jeden Haushalt mit den darin lebenden Personen erfassen. Durch die großen Distanzen und die Besiedlung auch der von Majuro weit entfernten Außeninseln wird EPPSO den Zensus über einen Zeitraum von knapp vier Wochen durchführen. Die Befragung beginnt am 4. April und endet am 30. April. Hemline Ysawa rief schon jetzt die Bevölkerung auf, den Interviewern Auskunft zu geben und sich an der Zählung gewissenhaft zu beteiligen.

(The Marshall Islands Journal 11.02.11)

Japan finanziert Projekte auf Kiritimati

Kiribati: Die japanische Regierung hat der Regierung von Kiribati 399.530 US-Dollar für sieben Projekte auf Kiritimati zur Verfügung gestellt. Die Gelder wurden vom japanischen Entwicklungshilfeprogramm „Grant Assistance for Grassroots Human Security Programme“ für den Pazifik freigemacht. Sie kommen allein der Insel Kiritimati zugute. So werden mit den Geldern ein neues Müllfahrzeug für den Inselrat angeschafft, feste Klassenzimmer für die Tennesse- Grundschule mit ihren 600

Schülern gebaut sowie das Abwassersystem der katholischen St. Francis Highschool renoviert. Vier Projekte werden allein im Dorf Tabwakea unterstützt: Das sanitäre System wird aufgerüstet, ein Röntgenraum im Krankenhaus eingerichtet, eine Bücherei und neue Möbel für die Mainiku Highschool der evangelischen Kirche angeschafft sowie vier neue Klassenzimmer in der Poland Grundschule gebaut.

Info: Seit 1979 gehört die Insel Kiritimati (früher: Christmas Island, dt. Weihnachtsinsel) zur Republik Kiribati. Das Atoll gehört zu den Line Islands im Zentralpazifik. Kiritimati hat mit 321 km² von allen Koralleninseln der Welt die größte Landfläche. Die Insel besitzt mit 324 km² auch eine der weltweit größten Lagunen. Kiritimati stellt 39,6 % der gesamten Landfläche Kiribatis dar, auf ihr leben mit etwa 5.200 Einwohnern jedoch nur 5 % der kiribatischen Bevölkerung. Traurige Berühmtheit erlangte die Insel 1957. Am 8. November diesen Jahres führte Großbritannien in der Nähe der Insel den ersten erfolgreichen britischen Test mit einer Wasserstoffbombe durch. Nahe der Weihnachtsinsel sind insgesamt 30 Atomtests durchgeführt worden.

(Rongorongo Man Volume 11, 04.02.11, http://www.janeresture.com/kiribati_line/christmas.htm, Wikipedia)

Vertrag mit kroatischer Schifffahrtsgesellschaft

Kiribati: Die Regierung von Kiribati beschreitet innovative Wege bei der Suche nach Arbeitsmöglichkeiten für die junge Generation der I-Kiribatis. Anfang des Jahres reiste eine dreiköpfige Regierungsdelegation unter Leitung des Arbeitsministers Ioteba Redfern nach Split (Kroatien), um Vertragsverhandlungen mit der größten kroatischen Schifffahrtsgesellschaft „Split Ship Management“ zu führen. Diese hatte angeboten, kiribatische Seeleute auf ihren Schiffen

einzusetzen. Aufmerksam geworden auf die gut ausgebildeten Seeleute aus Kiribati war Split Ship Management über die „South Pacific Marine Services“ (SPMS), die kiribatische Seeleute für den Dienst auf deutschen Schiffen rekrutiert. Insgesamt sind 900 I-Kiribatis auf deutschen Schiffen im Einsatz. Alle Seeleute wurden im „Marine Training Centre“ in Betio auf dem Atoll Tarawa ausgebildet. Die Kroaten wollen ebenfalls die dort ausgebildeten Seeleute auf ihren Schiffen einsetzen.

Die kiribatische Regierung hat mit weiteren Ländern Abkommen über Arbeitsmöglichkeiten für junge Menschen geschlossen. So werden in Australien im Rahmen von KANI (Kiribati-Australia Nursing Initiative) Krankenschwestern ausgebildet, Handwerker und Techniker können Fort- und Ausbildungen ebenfalls in Australien am Australia-Pacific-Technical College machen. Mit Neuseeland gibt es ein Abkommen über den Einsatz von Saisonarbeitern als Erntehelfer (Recognized Seasonal Employment Scheme) und mit dem SPMS einen Vertrag über die Anstellung von Seeleuten bei deutschen Reedereien. *(Rongorongo Man, Volume 11, Issue 02, 14.01.11)*

Weltbank-Vize besuchte Tarawa

Kiribati: Anfang Februar hat Jim Adams, Vizepräsident für die Region Ost-Asien und Pazifik bei der Weltbank, Tarawa besucht, um sich vor Ort über Herausforderungen und Entwicklungschancen zu informieren. Der Besuch eines so hochrangigen Weltbank-Vertreters geschah in Vorbereitung des „Country Strategy Paper“, das Kiribati erstmals für den Zeitraum 2010 bis 2014 beim Vorstand der Weltbank einreichen will. Adams traf sich mit Regierungsvertretern, Vertretern der Zivilgesellschaft und internationalen Geldgebern, um über das

zukünftige Engagement der Weltbank auf Kiribati zu diskutieren. Außerdem nahm Adams an einer traditionellen Gemeinderatssitzung teil, in der über den Erweiterungsbau eines Deiches beraten wurde. Dieser Deich (engl. seawall) war mit Geldern der Weltbank unter dem KAP II-Programm errichtet worden. Das so genannte „Kiribati Adaptation Program - Pilot Implementation Phase II“ zielt darauf ab, Maßnahmen zu implementieren, die Kiribati vor den Folgen des Klimawandels schützen bzw. helfen, sich an die Folgen wie etwa den Anstieg des Meeresspiegels besser anzupassen. In Bezug auf die vor Ort messbaren Auswirkungen des Klimawandels will die Weltbank laut Jim Adams ihr Engagement in den nächsten Jahren in Kiribati verstärken.

Info: Die Weltbank wurde im Juli 1944 auf der Währungs- und Finanzkonferenz der Gründungsmitglieder der Vereinten Nationen (UN) in Bretton-Woods (USA) zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) gegründet. Sie ist eine Sonderorganisation der UN. Seit den 1960er Jahren ist es ihre Aufgabe, die Armut in der Welt zu bekämpfen und die Lebensbedingungen der Menschen in den Entwicklungsländern zu verbessern. So trägt sie zum Erreichen der internationalen Entwicklungsziele bei. Die Weltbank unterhält rund 100 Länderbüros mit über 10.000 Mitarbeitenden in den Partnerländern. Sie ist der wichtigste Geldgeber für Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit. Die Gewährung von Krediten ist immer an bestimmte Auflagen gebunden, die die Empfängerländer zu erfüllen haben. Im Geschäftsjahr 2009 hat die Weltbank 46,9 Milliarden US-Dollar für 303 Projekte in Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt. (*Rongorongo* Man 11. Februar 2010, Seite 7, <http://blogs.worldbank.org/eastasiapacific/team/jim-adams>, <http://blogs.worldbank.org/eastasiapacific/category/countries/pacific-islands>, http://www.bmz.de/de/was_wir_machen/wege/multilaterale_ez/akteure/weltbank/index.html)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOKINSELN

Erneuter Regierungswechsel

Tuvalu: Nach nur vier Monaten im Amt ist der nach den Parlamentswahlen im September 2010 zum Premierminister Tuvalus gewählte Maatia Toafa abgewählt worden. Stattdessen wählte das Parlament am 24. Dezember Willy Telavi zum neuen Premierminister. Telavi, der seit 2006 Abgeordneter der Insel Nanumea im Parlament Tuvalus ist, diente sowohl unter der im September abgewählten Regierung unter dem damaligen Ministerpräsidenten Apisai Ielemia als auch in der Regierung von Maatia Toafa als Innenminister. Auch in Zukunft führt er das Amt des Innenministers in Amtsunion mit seinem neuen Amt als Premierminister aus.

Im Vorfeld seiner Wahl zum Premierminister kam es zu einem Misstrauensantrag gegen Maatia Toafa, welchem ein Streit über den Haushalt und insbesondere über die staatliche Finanzierung von medizinischen Auslandsbehandlungen vorausgegangen war. Willy Telavi entzog der Regierung sein Vertrauen und wechselte zur Opposition, wodurch die Regierung ihre Mehrheit im Parlament verlor. In der folgenden Abstimmung über einen Nachfolger setzte Telavi sich gegen den langjährigen Repräsentanten Tuvalus bei der UNO und bisherigen Außenminister, Enele Sopoaga, durch. Außenminister der neuen Regierung ist der von 2006 bis September 2010 amtierende Premierminister Apisai Ielemia, der außerdem auch für eine Reihe weiterer Ressorts zuständig ist. Wie die letzte Regierung besitzt auch die neue Regierung in dem

15-köpfigen Parlament Tuvalus eine Mehrheit von nur einer Stimme.

Info: In Tuvalu existieren keine Parteien, vielmehr bilden sich die Regierungs- und Oppositionslager spontan bei den Wahlen der Regierung. Dabei spielen insbesondere die Herkunft der Abgeordneten, welche die unterschiedlichen Inseln Tuvalus repräsentieren, sowie familiäre Bindungen eine Rolle. Tuvalu besitzt eine lange Geschichte von Misstrauensanträgen, die vor allem um die Jahrtausendwende zu häufigen Regierungsumbildungen und zu politischer Instabilität geführt haben. Erst Ielemia hatte es von 2006 bis 2010 wieder geschafft, eine ganze Amtszeit Premierminister zu bleiben, nachdem es seit 2000 sechs verschiedene Premierminister mit einer durchschnittlichen Amtszeit von kaum einem Jahr gegeben hatte, darunter auch zum ersten Mal Maatia Toafa, der es von 2004 bis 2006 auf damals immerhin zwei Jahre als Premierminister brachte. (*Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: www.tuvaluaislands.com, CIA World Factbook, www.wikipedia.org, Radio Australia*)

Proteste & Public Order Act

Tuvalu: Erstmals in der Geschichte Tuvalus hat eine Regierung Gebrauch vom 1973 erlassenen *Public Order Act* gemacht und versucht, öffentliche Versammlungen vorübergehend zu verbieten. Nach Protesten in der Hauptstadt Vaiaku auf dem Hauptatoll Funafuti hat die Regierung Anfang Januar alle größeren Versammlungen für zwei Wochen verboten. Nach Ablauf der zweiwöchigen Frist wurde der Erlass zwar verlängert, Versammlungen aber wieder zugelassen, sofern eine Genehmigung durch den Polizeidirektor vorlag.

Dem Erlass waren Proteste von in der Hauptstadt lebenden, ursprünglich von der Insel Nukufetau stammenden Tuvaluanern vorausgegangen, die sich gegen die neue Regierung und einen der Abgeordneten ihrer Insel, Lotoala Metia, richteten. Dieser hatte bei der Wahl den neuen Premierminister Willy Telavi und nicht den von seiner eigenen Insel stammenden Gegenkandidaten Enele Sopoaga unterstützt. Die Demonstranten fordern den Rücktritt Metias, der auch Finanzminister in der neuen Regierung ist. Für Verunsicherung sorgte auch, dass das einzige bewaffnete Küstenwachboot Tuvalus, die in Kooperation mit dem australischen Militär zur Sicherung des tuvaluanischen Seegebietes unterhaltene *Te Mataila*, innerhalb der Lagune des Atolls Funafuti in Stellung gegangen sein soll, um bei Ausschreitungen die Residenzen des Premierministers und des Generalgouverneurs verteidigen zu können. Premierminister Willy Telavi sagte Radio New Zealand International, man habe Hinweise darauf, dass Demonstranten versuchen könnten, offizielle Gebäude niederzubrennen. Gegen die Verhängung des Versammlungsverbots wurde Einspruch vor dem Magistrate Court Tuvalus eingelegt, der diesen jedoch vorerst zurückwies.

Die Organisation „Pacific Freedom Forum“ (PFF) kritisierte die Verhängung des Verbots scharf und befürchtet langfristige Auswirkungen auf das Recht auf freie Meinungsäußerung in Tuvalu. Versammlungs- und Ausdrucksfreiheit müssten eine Schlüsselrolle für eine Demokratie wie Tuvalu spielen. Der Vorsitzende der Organisation, Susuve Laumaea, forderte mehr und nicht weniger Dialog zwischen den Konfliktparteien und befürchtet auch Auswirkungen auf die Pressefreiheit, da die einzige nationale Mediengesellschaft, Radio Tuvalu, dem Informationsministerium untersteht. Bisher, so hieß es, sei man aber froh darüber, dass die

Mitarbeiter von Radio Tuvalu ihrer Arbeit frei und unabhängig nachgehen könnten. Die Regierung Tuvalus dankte dem PFF in einer offiziellen Pressemitteilung, in welcher sie die Notwendigkeit der Regelung erklärte, für den Einsatz für Presse- und Meinungsfreiheit und gab an, alles tun zu wollen, um diese sicherzustellen. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Oliver Hasenkamp. Quellen: www.tuvaluislands.com, www.pacificfreedomforum.org, Tuvalu Government, Radio New Zealand International, Radio Australia)

Frauzentrum mehrfach ausgezeichnet

Tonga: Gleich zwei internationale Preise hat das „Tonga Women’s and Children’s Crisis Centre“ (WCCC) in den letzten Monaten verliehen bekommen. Im Dezember letzten Jahres erhielt das Zentrum den „Pacific Human Rights Award“ für seinen Einsatz gegen Gewalt gegen Frauen und Kinder. Der Preis wurde verliehen vom Sekretariat der Pazifischen Gemeinschaft (SPC) und dem „Regional Rights Resource Team“ (RRRT).

Im April dieses Jahres bekommt die Nichtregierungsorganisation in Ubud (Bali) den „Global Social Change Film Festival and Institute Award“. Das Filmfestival findet vom 13. bis zum 17. April in Ubud statt. Die Veranstalter vergeben den Preis für den Einsatz des WCCC für die Geschlechtergerechtigkeit (gender mainstreaming) in Tonga.

Info: Das WCCC wurde im Oktober 2009 gegründet. Es bietet 24 Stunden am Tag Beratungsangebote für von häuslicher und sexueller Gewalt bedrohte Frauen und Mädchen. Rechtsanwälte stehen kostenlos für Beratungsgespräche bereit. Auch finanzielle Nothilfen werden vergeben. Neben dem Büro verfügt das WCCC über ein Frauenhaus (Mo’ui Ke Fiefa Safe House) als Zufluchtsort für bedrohte Frauen. Männern ist der Zugang zum Gelände untersagt. Im Jahr

2010 suchten 354 Frauen das WCCC auf, die überwiegende Zahl der Frauen aufgrund gewalttätiger Übergriffe durch männliche Verwandte im eigenen Haushalt.

Statistiken der tonganischen Polizei belegen, dass die Zahl der gemeldeten häuslichen Übergriffe von 113 im Jahr 2000 auf 404 im Jahr 2009 gestiegen ist. Im Jahr 2009 starben vier Frauen an den Folgen häuslicher Übergriffe. Durchschnittlich ereignet sich einmal täglich ein tätlicher Angriff gegen Frauen. Seit dem Jahr 2000 wurden 2.753 Frauen Opfer von Gewalt.

Die Direktorin des WCCC, ‘Ofaki-Levuka Guttenbeil-Likiliki, freute sich über die öffentliche Anerkennung durch beide Preise, beklagte aber die andauernde Tabuisierung des Themas „Gewalt gegen Frauen“ in der tonganischen Gesellschaft. Das WCCC bemühe sich, „sichere Haushalte“ und „gewaltfreie Arbeitsplätze“ für Frauen zu schaffen, erklärte Guttenbeil-Likiliki. (Taimi Media Network 10.01.11, <http://www.socialchangefilmfestival.org/the-film-festival/honorees/the-women-and-children-crisis-centre-wccc-of-tonga/>)

Ausnahmezustand beendet

Tonga: Der nach politischen Unruhen und damit einhergehenden Straßenkämpfen mit acht Toten am 16. November 2006 ausgerufenen Notstand ist Anfang Februar nach mehr als 50 Monaten aufgehoben worden. Das hatte der Ministerrat in seiner Sitzung vom 2. Februar beschlossen. Während des Notstands hatte die Polizei mehr Rechte. So konnten Personen, die im Verdacht standen, die öffentliche Sicherheit zu gefährden, ohne große formale Prozeduren in Haft genommen werden. Einige Stadtbezirke der Hauptstadt Nuku’alofa waren auch als Notstandsgebiet bezeichnet worden, hier durfte man sich nur mit behördlicher Ge-

nehmung bewegen.

Möglich geworden war die Rückkehr in die Normalität durch den positiven Verlauf der Demokratisierungsprozesse in dem letzten pazifischen Königreich. Bei den Parlamentswahlen im November 2010 hatten die Wähler erstmals direkt auch nicht-adelige Abgeordnete ins Parlament wählen können. Am 22. Dezember 2010 war Lord Siale'ataonga Tu'ivakano zum Premierminister ernannt worden. Er konnte sich mit 14 von 26 Stimmen gegen seinen Herausforderer, Akilisi Pohiva von der Demokratischen Partei, durchsetzen. Dieser hatte nur 12 Stimmen erhalten.

König George Tupou V. bleibt weiterhin im Amt des Königs, hat seine Machtbefugnisse jedoch selber eingeschränkt und erstmals dem Parlament die Wahl des Premiers überlassen. Der König will zukünftig mehr repräsentative Pflichten denn politische übernehmen.

(<http://www.taimionline.com/articles/2050>, Flash d'Océanie 04.02.11)

Samoa wirtschaftlich gut gestellt

Samoa: Samoa hat unter allen pazifischen Staaten die höchste "wirtschaftliche Freiheit". Das ist das Ergebnis des jährlich von der amerikanischen „The Heritage Foundation“ und dem Wall Street Journal vorgelegten „Index of Economic Freedom“. Von 179 Ländern erreicht Samoa Platz 84, auf Platz 86 folgt Fidschi. Vanuatu (Rang 112) und Tonga (118) gehören noch zu den 120 besseren Ländern, ganz unten rangieren die Salomonen (162) und Kiribati (166). An Platz 1 der Tabelle steht Hongkong, gefolgt von Singapur, Australien und Neuseeland. Das Schlusslicht bilden die Länder Kuba, Zimbabwe und Nordkorea.

„The Heritage Foundation“, ein amerikanischer Tink-Tank, definiert wirtschaftliche Freiheit wie

folgt:

„Economic freedom is the fundamental right of every human to control his or her own labor and property. In an economically free society, individuals are free to work, produce, consume, and invest in any way they please, with that freedom both protected by the state and unconstrained by the state.“

Der Index misst insgesamt zehn Bereiche auf einer Skala von 0 (ganz schlecht) bis 100 (sehr gut). Dazu zählen u.a. Handels- und Steuerfreiheit, Eigentumsrechte, der Mangel an Korruption, das Recht auf freie Arbeitswahl und die Freiheit zu Investitionen.

(<http://www.heritage.org/index/>, Radio NZ Intern. 14.01.11)

Neuer Premier

Cookinseln: Am 30. November wurde Henry Tuakeu Puna als neuer Premierminister der Cookinseln vereidigt. Puna wurde 1949 auf Aitutaki geboren. Er studierte Jura an den Universitäten in Auckland (Neuseeland) und Tasmanien (Australien). 2004 hatte Puna erstmals für das Parlament für den Wahlbezirk Manahiki kandidiert, war aber an Robert Wontoon gescheitert. Nach einem kurzem Zwischenspiel als Parteivorsitzender der „Cook Islands Party“ im Jahr 2006, wurde Puna endgültig im September 2009 zum Parteivorsitzenden ernannt. Zwischen September 2006 und September 2009 arbeitete Puna als Rechtsanwalt und Perlenzüchter. Bei den Wahlen am 17. November 2010 wurde er für den Wahlbezirk Manahiki ins Parlament gewählt. Die Cook Islands Party erhielt bei den Wahlen 16 der 24 Sitze und ernannte Puna zum neuen Premierminister. Mit dem Sieg der Cook Islands Party endet die mehr als zehnjährige „Regentschaft“ der Democratic Party auf den Cookinseln. In den letzten sechs Jahren war Jim Marurai von der Democratic Party Premierminis-

ter der Inseln. Er bleibt weiterhin Mitglied des Parlaments für den Bezirk Ivirua. (Cook Islands News 01.12.10, Flash d'Océanie 06.12.10, CIA World Factbook)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Haushalt für 2011 von Oppositionsmehrheit verabschiedet

Frz.-Polynesien: Ein Ende der seit mehr als neun Monaten anhaltenden politischen Blockade ist nicht abzusehen. Seit April letzten Jahres hat Präsident Gaston Tong Sang keine Mehrheit mehr in der Landesversammlung, aber da die in drei Fraktionen gesplante Opposition sich bislang nicht auf einen gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten einigen konnte, führt Tong Sang seitdem eine faktisch geduldete Minderheitsregierung. Der von seiner Regierung vorgelegte Haushaltsentwurf wurde seit November letzten Jahres mehrmals von der Landesversammlung abgelehnt. Mitte Januar schlug Tong Sang deshalb sofortige Neuwahlen vor, ohne allerdings von seinem Amt zurückzutreten.

Da das 2007 abgeänderte Autonomiegesetz (d.h. die Landesverfassung) Französisch-Polynesiens schwere Konsequenzen vorsieht, falls der Haushalt nicht bis Anfang März verabschiedet wird, kamen die Abgeordneten zusehends unter Zeitdruck. Am 20. Februar schließlich wurde das Budget in abgeänderter Form mit einer soliden Mehrheit von 23 Stimmen beschlossen. Die Mehrheit umfasste die oppositionellen Fraktionen UPLD (unter Führung des Versammlungspräsidenten Oscar Temaru), Tahoeraa (unter Führung des Senators Gaston Flosse) und Ia Ora Te Fenua (unter Führung von Jean-Christophe Bouissou), während sich die Minderheits-

Regierungspartei To Tatou Aia von Tong Sang der Stimme enthielt.

In einer Presseerklärung verurteilte Tong Sang daraufhin den Beschluss der Versammlung und argumentierte, nach dem Autonomiegesetz könne ein Haushalt nur dann legitim sein, wenn er vom amtierenden Präsidenten bestätigt wurde. Tong Sang legte daraufhin Beschwerde beim französischen Staatsrat (dem obersten Gericht der frz. Republik) ein, dessen Urteil nun in den folgenden Wochen erwartet wird. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-press, Tahiti-Pacifique)

Gedenken an Jean-Marc Pambrun

Frz.-Polynesien: Mitte Februar verstarb der tahitische Schriftsteller, Künstler und Museumsdirektor Jean-Marc Tera'ituatini Pambrun in Paris im Alter von 57 an einer schweren Krankheit. Pambrun war einer der bekanntesten zeitgenössischen tahitischen Schriftsteller. Zu seinen zahlreichen Werken gehören *Le Sale Petit Prince* (eine Sammlung satirischer Kurzgeschichten), *Les Parfums du Silence* (ein Theaterstück über die letzten Lebensjahre des Malers Paul Gauguin auf den Marquesas-Inseln), und der Roman *Le Bambou Noir*. Die meisten seiner literarischen Werke illustrierte der auch als Grafiker talentierte Pambrun selbst. Im Jahre 2005 wurde Pambrun, der Zeit seines Lebens der Unabhängigkeitsbewegung nahestand, vom damaligen Präsidenten Oscar Temaru zum Direktor des Territorialmuseums von Französisch Polynesien (Musée de Tahiti et des Iles) in Punaauia ernannt. Als Direktor war er in den letzten Jahren für eine umfassende Renovierung des Museums und mehrere gut konzipierte Sonderausstellungen mit polynesischen Kulturobjekten aus aller Welt verantwortlich. Sein letztes großes literarisches Werk war

die Biographie eines seiner intellektuellen Wegbereiter, des tahitischen Poeten und Dramaturgen Henri Hiro (1944-1990), die im letzten Jahr erschien.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-press, Tahiti-Pacifique)

Unabhängiger Kandidat gewinnt Gemeindewahl in Mahina: Ex-Bürgermeister erneut in Haft

Frz.-Polynesien: Bei den vorgezogenen Kommunalwahlen in der Gemeinde Mahina an der Ostküste von Tahiti gewann Anfang Februar überraschend eine parteipolitisch unabhängige Liste eine deutliche Mehrheit im Gemeinderat, woraufhin der parteilose Anführer der Liste, Patrice Jamet, zum neuen Bürgermeister gewählt wurde. Die Liste des 2009 wegen Korruption aus dem Amt entfernten langjährigen Bürgermeisters Emile Vernaudon, der versucht hatte, seinen Posten zurückzugewinnen, landete dagegen abgeschlagen auf dem dritten Platz, noch hinter der Liste des Kandidaten der Partei Tahoeraa, Nicolas Sanquer.

Während des Wahlkampfes war Vernaudon Mitte Januar in einer weiteren Korruptionsaffäre zu fünf Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt worden und wurde mit sofortiger Wirkung ins Gefängnis geschickt. Vernaudon hatte von 2004 bis 2006, als er in Oscar Temarus Kabinett Minister für Sport, Post und Telekommunikation war, mehr als eine Million Euro aus dem Budget des staatlichen Postamtes für private Zwecke unterschlagen. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2008 war der seit 1978 amtierende Vernaudon in Abwesenheit als Bürgermeister wiedergewählt worden, während er in Untersuchungshaft saß. Ein Jahr später wurde er zu einer Bewährungsstrafe verurteilt und verlor deswegen sein Amt.

Nachdem Vernaudons Bewährungszeit abgelaufen war, waren Ende 2010 mehrere Gemeinderäte seiner Partei geschlossen zurückgetreten, um Neuwahlen zu provozieren und somit seine Wiederwahl zu ermöglichen. Offensichtlich hatten die Bürger Mahinas aber diesmal genug von den Eskapaden des einst populären Vernaudon.

Neben dieser rein personellen Bedeutung ist das Wahlergebnis aber auch ein Signal des Protests der Bevölkerung Französisch-Polynesiens gegen das traditionelle Parteiensystem insgesamt. Die Bewohner Mahinas kehrten nicht nur Vernaudon den Rücken, sie sprachen auch keiner der drei in der Landesversammlung vertretenen Parteien ihr Vertrauen aus, sondern gaben statt dessen einer parteilosen Liste den Vorzug. (Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-press, Tahiti-Pacifique)

Präsidentin der Uni plagiatsverdächtig

Frz.-Polynesien: Während in Deutschland die Doktorarbeit von Bundesverteidigungsminister Gutenberg für Schlagzeilen sorgt, gibt es auch in Tahiti einen Plagiatskandal. Mitte Januar wurde die tahitische Linguistin und Schriftstellerin Louise Peltzer, die seit 2005 Präsidentin der Universität Französisch-Polynesiens ist, mit dem Vorwurf konfrontiert, große Teile ihres 1999 als Taschenbuch veröffentlichten Aufsatzes *Des Langues et des Hommes* („Sprachen und Menschen“) aus der französischen Übersetzung des Buches *La ricerca della lingua perfetta* (dt. *Die Suche nach der vollkommenen Sprache*) des italienischen Autors Umberto Eco abgeschrieben zu haben. Pelzer verteidigte sich mit dem Argument, Ecos Werk sei im Literaturverzeichnis ihres Buches aufgeführt, was allerdings den Plagiatsvorwurf nicht entkräftet, denn sie hätte alle von Eco wört-

lich zitierten Passagen als solche im Text markieren müssen. Des Weiteren sprach Peltzer von einer rassistischen Schmutzkampagne, die darauf abziele, sie als erste einheimische Tahitierin an der Spitze der Universität zu verunglimpfen, was allerdings wenig Sinn ergibt, da akademische Ehrlichkeit äußerst wenig mit ethnischer Zugehörigkeit zu tun hat. *(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Tahiti-Press, Tahiti-Pacifique)*

Brutaler Polizeieinsatz führt zu weltweiter Empörung

Rapa Nui: Anfang Dezember begann ein Einsatzkommando der chilenischen Polizei mit der Zwangsäumung der seit August 2010 von Unabhängigkeitsaktivisten besetzten öffentlichen Gebäude im Zentrum der Inselhauptstadt und einzigen Siedlung Hanga Roa. Die Aktivisten hatten die Grundstücke besetzt, um gegen die entschädigungslose Enteignung von Ländereien einheimischer Familien durch die chilenische Regierung in den 1960er Jahren zu protestieren und ihre angestammten Grundstücke zurückzufordern.

Bei der Zwangsäumung kam es zu extrem brutalen Zwischenfällen, als einige Demonstranten Steine auf die gepanzerte Kleidung tragenden Polizisten warfen, woraufhin letztere wahllos Gummigeschosse auf die unbewaffneten und nur leicht bekleideten Besetzer feuerten, wodurch mehrere Menschen schwer verletzt wurden. Einer der Demonstranten bekam ein Geschoss ins Auge und wurde in Folge auf einem Auge blind, während der Präsident des die Proteste koordinierenden Rapanui-Parlaments, Leviante Araki, von einem Geschoss in den Rücken getroffen wurde, und zur Notoperation nach Santiago ausgeflogen werden musste. Ende des Monats wiederholten sich ähnliche Szenen bei der

Zwangsäumung eines anderen Grundstücks.

Die beispiellose Brutalität des Polizeieinsatzes führte zu weltweiten Protesten. Fotos der blutüberströmten Opfer waren auf den Titelseiten zahlreicher chilenischer und tahitischer Zeitungen zu sehen, und mehrere internationale Menschenrechtsorganisationen beschwerten sich über die vollkommen unangemessene Gewalt. Infolge der Gewalttaten wurde Chile sowohl von der „Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte“, einem Organ der „Organisation Amerikanischer Staaten“, der Chile angehört, als auch vom Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen gerügt und zur sofortigen Unterlassung aller Polizeiaktionen gegen demonstrierende Rapanui aufgefordert. Im Januar 2011 schrieben der Senator des US-Bundesstaates Hawai'i, Daniel Akaka, und der Abgeordnete Amerikanisch-Samoas im US-Kongress, Faleomavaega Eni Hunkin, einen offenen Brief an den chilenischen Präsidenten Sebastián Piñera, um sich über die Misshandlung ihrer polynesischen Verwandten auf Rapa Nui zu beschweren. *(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu.)*

Quellen: *The Santiago Times* <http://www.santiagotimes.cl>; *El Mercurio* <http://www.elmercurio.cl>, *Tahiti-Pacifique*)

Chilenisches Gericht erklärt Zwangsäumung für illegal

Rapa Nui: Infolge der Zwangsäumungen aller von protestierenden Unabhängigkeitsaktivisten besetzten Grundstücke wurden am 6. Februar Mitglieder der Familie Hito, die seit August das Hotel Hanga Roa besetzt hielten, von Einsatzkommandos der chilenischen Polizei mit brutaler Gewalt von dem Grundstück entfernt. Die Polizisten, die in Lieferwagen der das Hotel beanspruchenden deutsch-chilenischen Firma Schiess anrückten, brachen in das Gebäu-

de ein und verprügelten alle Zeugen, die versuchten, das Geschehen zu fotografieren.

Das der Familie Hito gehörende Grundstück war in den 1960er Jahren zum Bau eines staatlichen Hotels enteignet, dann aber in den 80er Jahren von der Militärdiktatur des Generals Pinochet an eine private Hotelkette verkauft worden, obwohl auf der Insel laut chilenischem Recht nur einheimische Rapanui privaten Landbesitz haben dürfen.

Anders als bei den staatlichen Grundstücken waren Rechtsklagen in diesem Fall erfolgreich. Bereits im November 2010 hatte ein chilenisches Gericht in Valparaíso die Klage der Firma Schiess gegen die Besetzer auf Hausfriedensbruch zurückgewiesen, was vom Obersten Gerichtshof der Republik Chile im Januar bestätigt wurde. Umso befremdlicher war die eigenmächtige Handlung der chilenischen Sicherheitskräfte, in Zusammenarbeit mit der Firma Schiess die Zwangsäumung ohne richterliche Anordnung durchzuführen. Wenige Tage nach dem Gewaltakt bestätigte die Richterin Nora Bahamondes, dass der Grundbesitz zwischen der Familie Hito und der Firma Schiess umstritten sei, und somit keiner der beiden die Gegenseite des Hausfriedensbruchs beschuldigen könne. Am 23. Februar wurde dieser Entscheidung vom Appellationsgericht in Valparaíso bestätigt. Als nächster Schritt muss nun ein Gericht den legitimen Besitzer des Grundstücks identifizieren. *(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: The Santiago Times* <http://www.santiagotimes.cl>, *El Mercurio* <http://www.elmercurio.cl>, *Save Rapa Nui* <http://www.saverapanui.org>)

HAWAI'I

Gouverneur provoziert mit Amtseinführung im Königspalast, setzt aber auch positive Signale

Die ersten Amtshandlungen des im November neu gewählten Gouverneurs des US-Bundesstaates Hawai'i, Neil Abercrombie, haben unter der hawaiischen Bevölkerung sowohl für Enttäuschung als auch für neue Hoffnung gesorgt. Abercrombies Entscheidung, seine öffentliche Vereidigung nicht wie seine Vorgängerin Linda Lingle im Hof des Bundesstaatsregierungsgebäudes (State Capitol) zu leisten, sondern im historischen Krönungspavillon von König Kalākaua im Garten des 'Iolani-Königspalastes, führte zu Empörung und Protesten hawaiischer Aktivisten, da das Gelände des Königspalastes als heiliges Land gilt, auf dem Vertreter der US-Regierung nicht willkommen sind. Die Protestierenden warfen Abercrombie vor, sich mit seiner Amtseinführung im Krönungspavillon in anmaßender Weise als hawaiischer König aufspielen zu wollen.

Weitere Entscheidungen seiner Regierung trafen allerdings auf ein positiveres Echo. So ernannte er den hawaiischen Aktivist William 'Ailā zum Minister für Land und Naturressourcen, ein mächtiges Regierungsamt, dem die meisten öffentlichen Grundstücke und Ländereien, sowie das Immobilien- und Vermessungswesen Hawai'is unterstehen. Aufgrund von 'Ailās Unterstützung hawaiischer Protestbewegungen in der Vergangenheit wird nun erwartet, dass die Beamten seines Ministeriums weniger hart gegen hawaiische Landbesitzer und Demonstranten vorgehen als dies unter Lingles Landministerin Laura Thielen der Fall war.

Ein weiteres positives Signal setzte Abercrombie, als er Mitte Januar in seiner Grundsatzrede

zum Jahresbeginn die Wichtigkeit betonte, die aufgrund amerikanischer Assimilationspolitik seit Mitte des 20. Jahrhunderts beinahe ausgestorbene hawaiische Sprache wiederzubeleben. *(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quelle: Honolulu Star-Advertiser)*

Gesetz für eingetragene Lebenspartnerschaften endgültig beschlossen

Der Senat des US-Bundesstaats Hawai'i hat Mitte Februar den seit Jahren heftig diskutierten Gesetzesvorschlag zur Schaffung eingetragener Lebenspartnerschaften für Homosexuelle endgültig beschlossen. Von 25 Senatoren stimmten nur zwei gegen das Gesetz. Da Gouverneur Abercrombie bereits im Vorfeld angekündigt hatte, das Gesetz zu unterzeichnen, ist es nur noch eine Frage der Zeit, bis es endgültig in Kraft tritt. Während die Debatte über den Gesetzesvorschlag noch letztes Jahr zu lautstarken Protesten hunderter religiöser Fanatiker geführt hatte, beschränkten sich die sichtbaren Gegner diesmal auf wenige Individuen, während die große Mehrheit der anwesenden Zuschauer das Gesetz begrüßte. In der gleichen Parlamentssitzung wurde auch Abercrombies Ernennung der Richterin Sabrina McKenna, die sich offen als lesbisch identifiziert, in den Obersten Gerichtshof des Bundesstaates einstimmig bestätigt.

Hawai'i ist damit sowohl innerhalb der USA als auch innerhalb der Pazifischen Region zu einem der fortschrittlichsten Gebiete in Fragen der Gleichberechtigung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung geworden, während in krassem Gegensatz dazu in mehreren von christlichem Fundamentalismus geprägten pazifischen Staaten Homosexualität sogar immer noch strafbar ist. *(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Honolulu Star-Advertiser, eigene Recherchen)*

Völkerrechtlicher Status stellt Landtitel in Frage

Der bis heute ungeklärte völkerrechtliche Status Hawai'is zeigt erneut mögliche drastische Konsequenzen für die Gegenwart des Inselstaates. Im Januar gründete der hawaiische Unternehmer und Aktivist Kale Gumpac die Servicefirma Laulima LLC, die ihren Kunden verspricht, die Beschlagnahmung deren Grundbesitzes bei nicht erfolgter Abbezahlung von Hypotheken gerichtlich zu stoppen.

Nach amerikanischem Recht muss jeder Grundstücksbesitzer, der von einer Bank einen Kredit in Anspruch nimmt, eine Landtitelversicherung abschließen, die dafür haftet, dass der Landtitel rechtlich intakt ist. Nach der rechtlichen Interpretation Gumpacs, der mit der renommierten Anwaltskanzlei Agard & Kaiama, Inc. in Honolulu zusammenarbeitet, sind alle seit der US-Invasion von 1893 in Hawai'i abgewickelten Immobilientransfers ungültig, da es seitdem keine legitime hawaiische Regierung mehr gibt. Damals hatten die USA in einem rechtlich bindenden Exekutivabkommen mit Hawaiis letzter Königin die Anwendung hawaiischen Rechts und die baldmöglichste Wiederherstellung einer legitimen hawaiischen Regierung versprochen, dieses Abkommen aber nie in die Tat umgesetzt. Da seitdem kein Landverkauf von einem legitimen Notar nach hawaiischem Immobilienrecht mehr beglaubigt wurde, seien alle Landtitel heute ungültig, und könnten somit auch nicht von einer Bank beschlagnahmt werden. Gumpacs Firma hat bereits über 300 zahlende Kunden, und seine Anwälte haben damit begonnen, die Landtitelversicherungen um Auszahlung der Versicherungssummen zur Tilgung der Resthypotheken zu verklagen.

Gumpacs Firma wird von dem Politikwissenschaftler Keanu Sai beraten, der bereits Mitte der

1990er Jahre mit demselben Argument auftrat, aber dann im Jahre 2000 in einem deutlichen Fall von politisch motivierter Rechtsbeugung von einem amerikanischen Gericht zu einer Bewährungsstrafe verurteilt worden war, weil er sich mit seiner Recherche die mächtige Immobilienbranche Hawaiis zum Feind gemacht hatte. Gumapacs Team hat allerdings aus Sais Erfahrungen gelernt und sich gegen ähnliche Machenschaften besser abgesichert. Nicht nur ist Sai heute ein renommierter Universitätsdozent, auch hat Gumapac erfahrene Anwälte zur Seite. Es bleibt abzuwarten, wie sich die Initiative auf den Immobilienmarkt Hawaiis auswirkt.

(Artikel von Pazifik-Netzwerk-Mitglied Lorenz Gonschor, Honolulu. Quellen: Nachrichtensendung des hawaiischen Fernsehsenders KITV, eigene Recherchen)

Brennstoffzellen-Autos rollen ab 2015

Ab dem Jahr 2015 sollen auf Hawai'i wasserstoffbetriebene Brennstoffzellen-Autos rollen. Das hat sich eine gemeinsame Initiative des US-amerikanischen Automobilkonzerns „General Motors“ (GM) und des hawaiischen Energieversorgers „The Gas Company“ (TGC) zum Ziel gesetzt. Im Rahmen der so genannten „Hawai'i Hydrogen Initiative“ sollen in den nächsten Jahren 20 bis 25 Wasserstoff-Tankstellen errichtet werden, um die Insel Oahu unabhängiger von Ölimporten zu machen. Bislang wird 90% des benötigten Treibstoffes nach Oahu importiert. TGC könnte nach eigenen Angaben bis zu 10.000 Fahrzeuge mit Wasserstoff versorgen.

Bereits 2008 hatte der amerikanische Bundesstaat Hawai'i in Kooperation mit dem amerikanischen Umweltministerium die „Hawai'i Clean Energy Initiative“ auf den Weg gebracht, deren Ziel es ist, 70% der für die Hawai'i-Inseln benötigten Energie

aus erneuerbaren Energien zu gewinnen.

Charles Freese, GM-Exekutivdirektor für alle Brennstoffzellenaktivitäten des Konzerns, stellte das Programm persönlich auf Hawai'i vor. Hawai'i gelte als „Probeland“ für die Errichtung einer Wasserstoff-Infrastruktur und könne anderen US-Staaten als Vorbild dienen. Freese nannte Japan, Korea und Deutschland als diejenigen Länder, die erste positive Erfahrungen mit dieser Art von Energieversorgung gemacht hätten. So sind in der Hauptstadt Berlin bereits seit 2008 zehn Brennstoffzellen-Fahrzeuge des Typs HdroGen4 zu Testzwecken im Alltagseinsatz. Das Hydrogen-Fahrzeug wird von dem deutschen Autobauer Opel ständig weiterentwickelt. Partner des Projektes in Deutschland sind neben Opel der ADAC sowie die hessische Landesvertretung in Berlin. Bald sollen auch in Nordrhein-Westfalen Wasserstoffautos getestet werden. Das Bundesland ist kürzlich der „Clean Energy Partnership“ beigetreten, einem vom Bundesverkehrsministerium geförderten Vorzeigeprojekt für erneuerbare Energien in Europa. *(Autogazette 15.12.10, <http://www.hydrogencarsnow.com/blog2/index.php/infrastructure/hawaii-hydrogen-initiative-is-perfect-science-experiment/>, http://media.gm.com/content/media/us/en/news/news_detail.brand_gm.html/content/Pages/news/us/en/2010/Dec/1208_fuelcell)*

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Schweres Erdbeben in Christchurch

Bei einem schweren Erdbeben der Stärke 6,3 auf der Richterskala in Christchurch auf der Südinself Neuseelands sind am 22. Februar mindestens 200 Menschen ums Leben gekommen. 147 Leichen konnten bislang geborgen werden. 200 Menschen stehen noch auf der Vermisstenliste und sind vermutlich unter Trümmern begraben.

Die meisten Opfer werden an den beiden zerstörten Bürogebäuden, dem Canterbury Television- und dem Pyne-Gould-Gebäude, sowie unter dem eingestürzten Turm der Kathedrale vermutet.

Rund ein Drittel des Innenstadtkerns wurde bei dem Beben um kurz vor ein Uhr mittags zerstört. 750 zerstörte Gebäude können nicht repariert werden und müssen wegen Baufälligkeit komplett abgerissen werden. Die Straßen brachen durch das Beben auf, Teer, Schlamm und Wasser flossen durch die Stadt.

Die neuseeländische Regierung rief den Notstand aus. Um Plünderungen zu vermeiden, galt in der zweitgrößten Stadt Neuseelands eine nächtliche Ausgangssperre. Ministerpräsident John Key sprach von der möglicherweise „schlimmsten Naturkatastrophe Neuseelands“.

Inzwischen sind 80% der Haushalte wieder an das Stromnetz angeschlossen. Zwei Drittel der Bevölkerung haben fließend Wasser. Die Abwasserentsorgung funktioniert allerdings noch nicht, so dass die Menschen von der Gesundheitsbehörde angehalten wurden, Trinkwasser abzukochen.

Die mit dem Pazifik-Netzwerk e.V. freundschaftlich verbundene deutsche Journalistin Anke Richter und ihre Familie überstanden das Beben zwar unverletzt, ihr Grundstück wurde jedoch komplett verwüstet.

(Berichte in der Tagesschau, im Spiegel und im Fokus, <http://www.faz.net/01oyhy>, http://www.morgenweb.de/nachrichten/aus_aller_welt/20110228_mmm000001304962.html)

Neuseeländische Orden an Pazifikinsulaner

Bei den so genannten „New Year's Honours“- den Feierlichkeiten der Regierung anlässlich des Jahreswechsels- sind sieben PazifikinsulanerInnen mit neuseeländischen Orden geehrt

worden.

Papa'ali Dr. Semisi Ma'ia'i aus Samoa erhielt die Auszeichnung „Companion of the Order of Merit“ für ein Glossar, in dem medizinische Fachbegriffe in Samoanisch für Laien erklärt werden. Im letzten Jahr hatte der pensionierte Arzt zudem ein englisch-samoanisches Wörterbuch namens „Tusi'upu Samoa“ veröffentlicht.

Die gebürtige Samoanerin Luamanuvao Winnie Laban, pensionierte Politikerin der Labour-Partei, wurde mit dem „Queen's Service Order“ für ihre Verdienste um die pazifischen Einwanderer in Neuseeland ausgezeichnet. Frau Laban war Mitglied des neuseeländischen Parlaments für den Wahlbezirk Mana sowie Parteisprecherin für „Pacific Islands Affairs“ und Ansprechpartnerin für den interreligiösen Dialog.

Einen Verdienstorden erhielt auch der ehemalige Premierminister der Cookinseln, Dr. Joseph Williams. Der 76-jährige noch praktizierende Humanmediziner hatte sich für die Modernisierung des Gesundheitssystems auf den Cookinseln engagiert und war im Exekutivkomitee der Weltgesundheitsorganisation WHO.

Ebenfalls mit dem Verdienstorden ausgezeichnet wurde die 61-jährige Samoanerin Betty Leuina Sio für ihren Einsatz gegen Gewalt in der Familie und sexuellen Missbrauch bei in Auckland lebenden Pazifikinsulanern.

Eine Verdienstmedaille bekam auch Su'a Saimolialevalasi Marguerrita Ekepati-Leilua für ihre Bemühungen um die Verbesserung der Lebensbedingungen in der Otara-Gemeinde.

Foai Suka Foai und Niu Sila Matiao Taupe aus Tokelau wurden für ihren mehr als 30-jährigen Einsatz für die in Neuseeland lebenden Tokelauer geehrt. Der 69-jährige Foai ist Manager und

Kassenwart des „Matali ki Tokelau Early Childhood Centre“ im Ortsteil Mangere im Süden von Auckland.

(<http://www.nznewsuk.co.uk/news/?id=14732&story=New-Year-Honours-List> , Radio NZ Inter. 30.12.10, <http://www.samoaoobserver.ws>, http://en.wikipedia.org/wiki/Luamanuvao_Winnie_Laban/, <http://www.stuff.co.nz/auckland/local-news/east-bays-courier/4528787/Making-a-difference>)

Botschafter für die Cookinseln ernannt

John Carter wird ab August 2011 neuer Botschafter Neuseelands auf den Cookinseln. Das gab der neuseeländische Außenminister Murray McCully Mitte Februar bekannt. Carter von der regierenden „National Party“ ist derzeit noch Mitglied im Parlament. Er hat diverse Portfolio als Minister, darunter das Ministerium für die Innenverteidigung sowie das Ministerium für Senioren. Sein Mandat endet im November 2011, doch hatte er bereits zuvor angekündigt, dass er bei den anstehenden Wahlen im Herbst nicht erneut für das Parlament kandidieren wolle. Carter ersetzt im Sommer Frau Linda Te Puni.

Bei der Bekanntgabe dieser Personalie betonte McCully die guten Beziehungen zu den Cookinseln, die seit 1965 in freier Assoziation zu Neuseeland stehen. Die Cookinsulaner haben die neuseeländische Staatsbürgerschaft und können jederzeit nach Neuseeland einreisen und dort einer Erwerbstätigkeit nachgehen.

(<http://www.johncarter.co.nz/>, Flash d'Océanie 11.02.11)

Gefangene dürfen nicht wählen

Neuseeländische Gefängnisinsassen dürfen seit Anfang des Jahres nicht mehr wählen. Das hat das neuseeländische Parlament in seiner letzten Sitzung vor der Weihnachtspause per

Gesetz beschlossen. Das Verbot ist unabhängig davon, für welches Vergehen und wie lange die Gefangenen einsitzen müssen. Bis dato durften nur diejenigen Gefangenen nicht wählen, die zu einer mehr als dreijährigen Haftstrafe verurteilt worden waren. (Flash d'Océanie 09.12.10)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Lasches Urteil im Fall „Foltervideo“

Westpapua: Die Täter des so genannten „Foltervideos“ sind am Montag, 24. Januar 2011, vor dem Militärgericht in Jayapura zu acht bis zehn Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden. Die drei Soldaten hatten gestanden, im Mai 2010 die Zivilisten Anggen Pugu Kiwo und Telengga Gire im Landkreis Puncak Jaya, Provinz Papua, brutal misshandelt zu haben. Die Täter wurden allerdings nicht wegen einer (schweren) Menschenrechtsverletzung verurteilt, sondern wegen eines Disziplinergehens. Der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) beklagte die internationale Aufmerksamkeit gegenüber diesem „kleinen“ Vorfall.

Der Richter, Oberst Adil Karo-Karo, verkündete am Montag das Urteil in dem international bekannt gewordenen Folterfall: Feldwebel Irwan Rizkiyanto ist demnach zu zehn Monaten, der Gefreite Yakson Agu zu neun Monaten und der Gefreite Thamin Mahangiri zu acht Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden. Die drei Soldaten hätten nicht die Anweisungen ihres Vorgesetzten befolgt: „Die Angeklagten informierten die befehlshabenden Offiziere nicht über die Verhaftung und die Gewalt, die sie begangen hatten und verstießen somit gegen die

Anweisungen ihrer direkten Vorgesetzten“, sagte der Richter.

Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Urteil. Bei dem Foltervideo handele es sich um einen Fall schwerer Menschenrechtsverbrechen, der vor einen Menschenrechtsgerichtshof gehöre, sagte die Direktorin der indonesischen Menschenrechtsorganisation *Imparsial*, Poengky Indarti. Auch Matius Murib, stellvertretender Vorsitzender der Nationalen Menschenrechtskommission *Komnas HAM* in Papua betonte, dass für Komnas HAM der Fall eine schwere Menschenrechtsverletzung darstelle. Das Urteil bringe den Opfern und deren Familien keine Gerechtigkeit, sagte Murib nach der Urteilsverkündung.

Der indonesische Präsident SBY hatte Ende vergangener Woche auf eine Klärung des Falles gedrängt. Während eines jährlichen Treffens von Polizei- und Militärführern am 21. Januar brachte der Präsident seine Besorgnis über Gesetzes- und Disziplinverletzungen des Militärs in Papua zum Ausdruck. Es handele sich bei dem Folterfall in Puncak Jaya nur um einen „kleinen Vorfall“, doch dieser mache international Schlagzeilen. *„Nur wegen eines kleinen Vergehens von drei Soldaten muss ich den Vorfall gegenüber der Welt, den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten erklären“,* sagte der Präsident gegenüber mehreren Hundert Polizei- und Militärführern in Jakarta. *„Ich muss meine Zeit damit verbringen, dieses Problem zu erklären und ihm nachzugehen, obwohl es meiner Ansicht nach nur ein kleiner Zwischenfall gewesen ist, da es seit 2004 keine schweren Menschenrechtsverletzungen durch das indonesische Militär oder die Polizei mehr gegeben hat.“*

Nationale und internationale Menschenrechtsorganisationen zeigten sich irritiert über die Äußerungen des Präsidenten. Sie dokumentieren jährlich Dutzende

von Folterfällen in Indonesien. Obwohl Indonesien 1998 die UN-Konvention gegen Folter ratifiziert hat, ist Folter im indonesischen Strafgesetzbuch bis heute nicht kriminalisiert und demnach nicht verboten.

Die Opfer des so genannten Foltervideos sollen am 27. Mai auf dem Weg in die Kreishauptstadt Mulia gewesen sein, als ihr Motorrad in der Nähe des Militärpostens im Dorf Gurage, Bezirk Tingginambut, einen Schaden erlitt und sie die Fahrt unterbrechen mussten. Die dort stationierten Soldaten des Infanterie-Bataillons 753 ließen die Männer zum Militärposten bringen und begannen, sie unter dem Vorwurf des Separatismus zu foltern. Trotz der Anweisung ihres Vorgesetzten, die Männer freizulassen, setzten die Soldaten die Folter unter anderem mit Gewehren, Messern, einem brennenden Stock, Stacheldraht und Fußtritten fort. Ein Soldat filmte die Folter mit einem Handy. Im Oktober wurde das zehnminütige Video auf Youtube gesetzt und erreichte die internationale Öffentlichkeit. *(Artikel von Kristina Neubauer, West-Papua-Netzwerk, 02.02.11)*

Präsident geehrt

Indonesien: Der indonesische Präsident Susilo Bambang Yudhoyono (SBY) ist Ende letzten Jahres bei einem kurzen Besuch in Papua-Neuguinea von Sir Michael Somare mit dem höchsten neuguineischen Orden ausgezeichnet worden. Er wurde zum „Grand Companion of the Order of Logohu“ ernannt. SBY erhielt damit automatisch den traditionellen Titel „Chief“. SBY wurde für seine Verdienste um die indonesisch-neuguineischen Beziehungen, seine gute Regierungsführung hin zu mehr Demokratie in Indonesien und seinen Kampf gegen den internationalen Terrorismus geehrt. *(Wan-tok, 26. November 2010)*

Britische West-Papua-Aktivistin „adoptiert“

Bali: Die britische Menschenrechtsaktivistin Carmel Budiardjo ist Anfang des Jahres vom Demokratieforum „Bersatu Rakyat Papua“ mit dem Titel „älteste Tochter der Papuas“ geehrt worden. Die 85-jährige erhielt diese Auszeichnung im Beisein zahlreicher prominenter Westpapua-Unterstützer auf der Insel Bali überreicht, da sie als Britin keine Einreiseerlaubnis nach Westpapua bekam. An der Ehrung nahm eine weitere prominente Papua teil, Mama Yosepha Alomang aus Timika.

Budiardjo wurde 1925 in London geboren, wo sie 1946 ihren Universitätsabschluss in Wirtschaftswissenschaften machte. 1952 heiratete sie den Indonesier Suwondo Budiardjo und zog mit ihm nach Java. Hier arbeitete sie für das Außenministerium. Mit der Machtübernahme von General Suharto 1965 wurde ihr Mann zu 12 Jahren Haft verurteilt. Carmel selbst kam für drei Jahre ins Gefängnis und wurde später aus Indonesien ausgewiesen. Zurück in London gründete sie die Menschenrechtsorganisation TAPOL, die sich für die Rechte politischer Gefangener in Indonesien einsetzt. Für ihren jahrzehntelangen Einsatz für die Unabhängigkeit von Aceh und Westpapua wurde Carmel mit mehreren Preisen ausgezeichnet, darunter mit dem alternativen Friedensnobelpreis (1995) und dem acehnesischen Titel „Tjut“, was einer Aufnahme in die Gesellschaft nahekammt.

In Bali wurde Carmel nun in drei einheimischen Sprachen mit dem Titel „eldest daughter of Papua nation“ getauft und damit quasi als Papua adoptiert. Der engagierte Menschenrechtsaktivist Pfarrer Dr. Benny Giay von der Kingmi-Church erklärte: *„Mother Carmel is a Papuan citizen“.* 2001 hatte Carmel an der „Second International Solidarity Conference on Westpapua“ in

Neuendettelsau teilgenommen.
(Pacific Media Center, 12.01.11,
<http://tapol.gn.apc.org/>, eigene Recherche)

AUSTRALIEN

Zyklon Yasi hinterlässt Schneise der Verwüstung

Der am 3. Februar mit Windgeschwindigkeiten von bis zu 280 km/h auf die australische Nordostküste bei Cairns im Bundesstaat Queensland getroffene Zyklon „Yasi“ hat eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Da der Weg der über 500 Kilometer breiten Sturmfront mit der höchsten Stufe 5 relativ genau vom „Australian Bureau of Meteorology“ vorausgesagt werden konnte, konnten sich rund 10.000 Bewohner des betroffenen Küstenabschnitts in sturmsichere Notunterkünfte retten. Krankenhäuser und Altenheime wurden evakuiert, Schulen geschlossen und zu Notunterkünften umfunktioniert. Die Regierung des Bundesstaates gab Anweisung, die Küstenregionen zu verlassen und sich ins Landesinnere zu begeben. So starb nur ein Mensch. Der Sturm deckte jedoch Dächer ab, ließ Häuser einstürzen, Bäume umstürzen und Stromleitungen kappen. Starker Regen und Flutwellen überschwemmten die Straßen in Meeresnähe. Zeitweilig waren die Telefon- und Internetverbindungen in die Region lahmgelegt, auch der Strom fiel aus. Der Flughafen von Cairns wurde für zwei Tage gesperrt, auch die Mietwagenstationen machten dicht. Touristikanbieter rieten ihren Kunden vorsorglich von Fahrten in das nördliche Queensland ab.

Am schlimmsten erwischte es die Bananen- und Zuckerrohrplantagen. Nach ersten Schätzungen wurden 10 % bis 15 % aller Plantagen dem Erdboden gleichgemacht. Zu den am schwersten betroffenen Ort-

schaften gehörten Mission Beach südlich von Cairns sowie die Städte Tully, Innisfail und Ingham. Die dort vorgelagerten Inseln Dunk und Bedarra blieben noch Tage nach Durchzug von Yasi geschlossen. In Cairns und in der bei Touristen besonders beliebten Inselregion Whitsundays waren die Schäden geringer als erwartet.

4.000 Soldaten und 600 Polizisten sind mit den Aufräumarbeiten betraut. Ihr Einsatz wird durch anhaltende Regenfälle und ständig neue Flutwarnungen erschwert. Am Tag nach dem Sturm legte in der Stadt Townsville ein mit 2.750 Tonnen Lebensmitteln und Hilfsgütern beladenes Schiff an, die Waren sollen in die am stärksten betroffenen Regionen weiterverteilt werden. Insgesamt waren an der dicht besiedelten Nordostküste 300.000 Menschen von den Auswirkungen des Zyklons betroffen.

Ein derart starker Zyklon war zuletzt 1918 über Queensland gebrast.

(<http://www.bom.gov.au/>, Radio Australia online, BBC News, Infos von Boomerang-Reisen Nürnberg)

Überschwemmungen in Queensland

Bei dem verheerendem Hochwasser in Queensland an der Nordostküste Australiens Ende letzten Jahres/Anfang des neuen Jahres wurde eine Fläche von der Größe Frankreichs und Deutschlands überschwemmt. Mehr als 25 Menschen starben, 200.000 Menschen mussten den Jahreswechsel in Notunterkünften verbringen. Tausende Häuser wurden weggespült, drei Viertel der staatlichen Kohlebergwerke lahmgelegt sowie die Ernten vernichtet. Die Überschwemmungen zerstörten auch Straßen und Eisenbahngleise. Die Städte an der Küste wie etwa die Millionenstadt Brisbane glichen zeitweise Geisterstädten. Allein in Brisbane mussten

80.000 Bewohner die Stadt verlassen und sich in die Hügel im Hinterland buchstäblich „aufs Trockene“ retten. Das öffentliche Leben kam für einige Tage nahezu komplett zum Stillstand, alle öffentlichen Einrichtungen wie Schulen und die Universität blieben geschlossen. Viele Menschen konnten wegen des Hochwassers auch nicht die nicht von den Überschwemmungen betroffenen Stadtbezirke erreichen und blieben zu Hause.

Die ANZ-Bank schätzte die Schäden auf 20 Milliarden australische Dollar (etwa 14,5 Milliarden Euro). Das australische „Bureau of Meteorology“ erklärte die Überschwemmungen zu den schlimmsten seit 50 Jahren. Der stellvertretende Regierungschef von Queensland, Andrew Fraser, sprach von „*einem Desaster von biblischem Ausmaß*“.

Die australische Regierung will nun die Steuern erhöhen und Ausgaben zurückfahren, um die Folgen der verheerenden Überschwemmungen zu bezahlen. Mit diesen Maßnahmen sollen 5,6 Milliarden australische Dollar zusammenkommen (etwa 4 Milliarden Euro).

(<http://www.bom.gov.au/australia/flood/>, Flash d'Océanie 05.01.11, 25.01.11, Email aus Brisbane von Pazifik-Netzwerkmittglied Volker Böge)

Weltrekord für Solarfahrzeug

Das „Sunswift Solarauto“ der University of New South Wales hat als schnellstes Solarfahrzeug der Welt am 7. Januar 2011 offiziell einen neuen Guinness-Weltrekord aufgestellt. Das von Studierenden der Uni in Sydney entwickelte und gebaute Auto konnte den bisherigen Weltrekord von 78 km/h brechen. Das ausschließlich von Siliziumsolarzellen angetriebene Fahrzeug erreichte auf dem amerikanischen Marineflugplatz in Nowra die Höchstgeschwindigkeit von 88 km/h.

Daniel Friedmann, der Leiter des Sunswift-Projektes, zeigte sich begeistert von dem neu aufgestellten Weltrekord. Da Guinness-Rekordwächter den Versuch beobachteten, konnten sie sofort den neuen Geschwindigkeitsrekord bekanntgeben.

Das Solarauto Sunswift IVy besteht aus Kohlenstofffasern. Normalerweise wird es von den Studenten selbst gefahren. Für den Weltrekordversuch hatten sich die Studenten jedoch professionelle Unterstützung geholt: Die Rennfahrer Barton Mawer und Craig Davis, beide arbeiten für den Elektroautohersteller Tesla Motors. Mawer saß beim Weltrekord am Steuer.

Das Solarauto hatte im Jahr 2009 schon einmal eine Geschwindigkeit von 103 km/h erreicht, als es das „Global Green Challenge“ Autorennen von Darwin nach Adelaide gewann. (Institut Ranke-Heinemann, Australisch-Neuseeländischer Hochschulverband 24.01.11, <http://www.sunswift.com/>)

Neuer Botschafter in Samoa

Zum 1. Januar hat der australische Außenminister Kevin Rudd Herrn Dr. Stephen Henningham zum Botschafter in Samoa bestellt. Er ist Nachfolger von Matt Anderson, der dieses Amt seit Januar 2007 innehatte.

Bei der Ernennung des neuen Botschafters betonte Rudd die engen Beziehungen zwischen Australien und Samoa auf wirtschaftlicher und militärischer Ebene. Bereits 2008 hatte Australien mit dem polynesischen Inselstaat ein bilaterales Partnerschaftsabkommen geschlossen, dem im Jahr 2010 ein militärisches gefolgt war. Australische Entwicklungshilfegelder fließen in Samoa vor allem in Bildungs- und Gesundheitsprojekte, doch seit kurzem auch in Projekte zur Bekämpfung der Klimawandelfolgen. Rudd wies auch darauf hin, dass es in den Großstädten

Australiens einige samoanische Gemeinden gäbe und dass Samoa ein Lieblingsreiseziel von Touristen sei.

Botschafter Henningham ist neben seiner diplomatischen Karriere auch ein bekannter Autor. Der Historiker gilt als Spezialist, was die Geschichte und Politik der pazifischen Inselstaaten angeht. Er hat bereits mehrere Fachbücher dazu geschrieben, die in der universitären Lehre Verwendung finden. So veröffentlichte er u.a. 1992 das Buch „France and the South Pacific: A contemporary perspective“ sowie im Jahr 1995 „The Pacific Island States: Security and Sovereignty in the Post-Cold War World“. Henningham war auch selbst als Dozent an den Universitäten von Melbourne und New South Wales im Einsatz. Hier absolvierte er sein Geschichtsstudium, bevor er an der „Australian National University“ seinen Doktor in Südostasienwissenschaften machte. In diplomatischen Diensten war Henningham u.a. bereits in Bougainville, Port Moresby (Papua-Neuguinea), Ho Chi Minh-Stadt (China) und Nouméa (Neukaledonien) stationiert. Der Pazifikexperte ist verheiratet und hat drei erwachsene Kinder.

(http://www.foreignminister.gov.au/releases/2010/kr_mr_101222a.html, Flash d'Océanie 23.12.10)

Neuer Botschafter in Mikronesien

Martin Quinn ist neuer Botschafter für die Föderierten Staaten von Mikronesien. Das gab der australische Außenminister Kevin Rudd Ende letzten Jahres bekannt. Er tritt sein Amt zum 1. Februar 2011 an. Als so genannter „nicht-residentieller“ Botschafter wird Quinn auch für die Marshallinseln und Palau zuständig sein. Er soll ebenfalls diplomatische Beziehungen zu den amerikanischen Territorien im Nordpazifik - namentlich Guam und den Nördlichen Marianen - unterhalten. Quinn ist

Nachfolger von Susan Cox, die das Amt drei Jahre lang innehatte.

Martin Quinn ist ausgewiesener Militärexperte und ausgebildeter Mediator. Im letzten Jahr war er Berater beim „Asia Pacific Civil-Military Centre of Excellence“ der australischen Regierung, von 2008 bis 2009 war er Botschafter in Afghanistan. Er ist verheiratet und hat vier Kinder.

(http://www.foreignminister.gov.au/releases/2010/kr_mr_101207.html, Flash d'Océanie 07.12.10)

SPORT

Fußballmannschaft aus PNG für Klub-WM qualifiziert

Erstmals hat sich eine Mannschaft aus der ozeanischen Fußballkonföderation für die FIFA-Klub-Weltmeisterschaft qualifizieren können. „Hekari United FC“ aus Papua-Neuguinea konnte als erste pazifische Mannschaft überhaupt an der vom Weltfußballverband FIFA ausgerichteten Meisterschaft vom 8. bis 18. Dezember 2010 in Abu Dhabi (Dubai) teilnehmen. Die Qualifikation sorgte für eine Sensation, zumal Papua-Neuguinea auf Platz 203 der globalen Weltrangliste der FIFA liegt, also an letzter Stelle gemeinsam mit San Marino, Anguilla, Montserrat und Amerikanisch-Samoa.

„Hekari United“ verlor das erste und einzige Spiel in Abu Dhabi gegen den amtierenden Fußballmeister der Vereinten Arabischen Emirate, Al Wahda, mit 0:3. Deren Trainer Josef Hickersberger sprach den Gästen aus Neuguinea ein großes Lob aus. „Das ist eine gute Mannschaft“, sagte er. „Es fehlt die internationale Erfahrung, über die einige unserer Spieler verfügen, aber

sie haben sich topfit und sehr einsatzbereit gezeigt und bis zum Schlusspfiff gekämpft.“

„Hekari United“ - die Abkürzung für „Petroleum Resources Kutubu Hekari United Football Club“-ist ein semi-professioneller Fußballverein mit Sitz in Port Moresby. Die Mannschaft um Manager Tommy Mana und Trainer Jerry Allen belegte 2006 sowie in der Saison 2007/2008 den ersten Platz in der „Papua New Guinea Soccer League“ (vergleichbar der Bundesliga). Die Saison 2009/2010 beendete Hekari United überraschend mit dem Gewinn der Champions League in der Ozeanischen Fußballkonföderation (so genannte O-League der Oceania Football Confederation), bei der auch die wesentlich bekanntere und eigentlich bessere Fußballmannschaft aus Neuseeland mitgespielt hatte.

(<http://de.fifa.com/associations/association/png/index.html>, <http://www.fifa.com>, Wikipedia)

OFC wählt neuen Präsidenten

Die Ozeanische Fußballkonföderation (OFC) hat bei ihrer 21. Jahrestagung Mitte Januar in Pago Pago (Amerikanisch-Samoa) den Präsidenten des neuguineischen Fußballverbandes, David Chung, zu ihrem neuen Präsidenten gewählt. Die Neuwahl des auf vier Jahre gewählten Präsidenten war nötig geworden, nachdem die FIFA den bisherigen OFC-Präsidenten und Vize-Präsidenten des Weltfußballverbandes, den Tahitianer Reynald Temarii, Ende Oktober letzten Jahres wegen Korruptionsvorwürfen von seinem Amt suspendiert hatte. Der 43-jährige Temarii, ein ehemaliger Profifußballer bei dem französischen Club FC Nantes, war im Januar 2010 nach Beendigung seiner politischen Karriere in Tahiti als

erster Vertreter Ozeaniens zum Vize-Präsidenten der FIFA ernannt worden. Im November des letzten Jahres hatte die FIFA entschieden, Temarii für zunächst ein Jahr auf nationaler und internationaler Ebene in allen sportlichen Ämtern zu sperren.

David Chung hatte als einziger für das Amt des OFC-Präsidenten kandidiert, nachdem die beiden anderen Kandidaten Fred de Jong und Frank van Hattum vom neuseeländischen Fußballverband ihre Kandidatur zurückgezogen hatten.

Bei ihrer Jahrestagung ernannte die OFC auch das Exekutivkomitee des Verbandes für den Zeitraum 2011 bis 2014. In das Komitee wurden die Vertreter folgender regionaler Fußballverbände gewählt bzw. wiedergewählt: Martin Alufurai (Salomonen), Fred de Jong (Neuseeland, Vizepräsident der OFC), Lee Harmon (Cookinseln), Claude Fournier (Neukaledonien, Schatzmeister) Lambert Maltock (Vanuatu), Ahongalu Fusimalohi (Tonga) und Alex Godinet (Amerikanisch-Samoa, Beobachter).

Zur Mitgliederversammlung der OFC in Pago Pago waren eigens angereist Sepp Blatter, der Präsident der FIFA, sowie Jérôme Valcke, der Generalsekretär des Weltfußballverbandes. Blatter kündigte eine zusätzliche finanzielle Unterstützung der OFC in Höhe von 2,5 Millionen US Dollar an.

Der 48-jährige Chung, ein in Papua-Neuguinea lebender Malaysier, kündigte nach seiner Wahl in das Präsidentenamt an, er wolle sich für die Werte „Einheit, Solidarität und Transparenz“ engagieren. Chung lebt seit seinem 23. Lebensjahr in Papua-Neuguinea. Er ist mit einer Frau aus dem Hochland verheiratet und hat fünf Kinder.

(Flash d'Océanie 17.01.11, <http://www.oceaniafootball.com/ofc/>)

Franzose gewinnt „Pipe Masters“ auf Hawai'i

Jeremy Flores aus Frankreich hat als erster Europäer Mitte Dezember letzten Jahres das „Billabong Pipe Masters“ auf Hawai'i gewonnen. In der 40-jährigen Geschichte dieser Wellenreitmeisterschaft hatte es bisher noch nie ein Europäer an die Spitze geschafft. Bei der letzten Veranstaltung im Rahmen der Weltmeisterschaftstour der Wellenreiter, dem „Billabong Pipe Masters in Memory of Andy Irons“, setzte sich der 22-jährige Surfer bei vier bis sechs Fuß hohen Wellen im Finale gegen den Australier Kieren Perrow durch.

Die beiden World Championship Tour-Surfer Flores und Perrow hatten 40 Minuten in den Wellen um den Sieg gekämpft. Der 33-jährige Perrow galt als Favorit und dominierte das Geschehen bis zu einem taktischem Fehler, als er sich für die schlechtere erste Welle eines Sets (= mehrere anrollende Wellen) entschied und Flores so die bessere zweite Welle surfen konnte. Dafür bekam der junge Franzose 9,37 Punkte (von maximal 10 Punkten) von den Schiedsrichtern. Perrow konnte diesen Punktestand nicht mehr einholen.

Jeremy Flores hatte bereits im Halbfinale den zehnfachen und aktuellen Weltmeister Kelly Slater aus den USA besiegt.

Das Pipe Masters wurde in Erinnerung an den im vergangenen November plötzlich verstorbenen amerikanischen Surf-Profi Andy Irons veranstaltet.

(<http://www.jeremy-flores.com/>, <http://www.surfcampseurope.com/de/articles/jeremy-flores-gewinnt-billabong-pipe-masters-auf-hawaii>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Taucher entdecken Walfänger-Wrack

Vor der Küste Hawaiis wollen Archäologen des US-amerikanischen Forschungsinstituts NOAA (National Oceanic and Atmospheric Administration) das Wrack des Walfangbootes „Two Brothers“ entdeckt haben. Dessen Kapitän George Pollard war Vorbild für Hermann Melvilles „Moby Dick“. Der Roman beschreibt die wütende Jagd des Kapitän Ahab nach einem Wal, der ihm ein Bein abgerissen hatte.

Kapitän George Pollard war Walfänger. Sein erstes Boot „Essex“ wurde 1820 von einem Wal versenkt. Er und seine Crew trieben monatelang auf Beiboote über den Pazifik. Ihr Hunger zwang die Männer der Geschichte nach sogar zum Kannibalismus. Pollard überlebte die Odyssee. Sein zweites Boot, die „Two Brothers“, wurde am 11. Februar 1823 vor Hawai'i von Korallenriffen aufgeschlitzt und sank. Pollard überlebte auch diese Katastrophe und wurde Nachtwächter in Nantucket. Hier bekam er 1852 Besuch von dem jungen Schriftsteller Herman Melville, der Pollards Geschichte gelesen und daraus den Roman „Moby Dick“ geschrieben hatte.

Die Insel Nantucket vor der Südküste der USA galt im 19. Jahrhundert als Welthauptstadt des Walfangs. Von hier aus starteten die Walfänger mit ihren Booten zum Walfang. Auch die „Two Brothers“ war von dort in See gestochen. Die Forscher der NOAA waren seit dem Jahr 2008 dem Schiffswrack auf der Spur. Hinter der Sandbank „Shark Island“ erspähten sie zunächst einen Anker, dann kamen Schiffsaufbauten, Harpunen und Eisengeschirr zum Vorschein. Schließlich entdeckten die Taucher einen Tran-kessel

(einen Pot, in den Waltran abgelassen wurde). Dieser ließ sich auf die zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts datieren. Mit Hilfe von Aufzeichnungen der Crew, die die NOAA-Forscher in der Bibliothek entdeckten, konnten sie nachweisen, dass es sich bei den 80 gefundenen Gegenständen um Fundstücke von der „Two Brothers“ handelte. Aus den Aufzeichnungen der Überlebenden ging auch hervor, dass das Schiff im seichten Gewässer vor den „French Frigate Shoals“ gesunken war. Genau dort, nahe des Atolls rund 900 Kilometer nordwestlich der hawaiianischen Hauptstadt Honolulu, hatten die Archäologen nun Glück mit ihrer Suche. Einige der Gegenstände sollen nun gehoben und zur Erinnerung an Kapitän Pollard in einem Museum auf Hawai'i ausgestellt werden. (BBC online 12.02.11, Spiegel online 12.02.11, Wikipedia)

Australier trinken mehr Wein

Australier trinken immer weniger Bier und immer mehr Wein. Das hat das Statistische Bundesamt (Australian Bureau of Statistics, ABS) jetzt bekanntgegeben. Der Bierkonsum ist mit 107 Litern jährlich pro Person ab dem 15. Lebensjahr so niedrig wie seit 61 Jahren nicht, erklärte das ABS. Noch in den 1970er Jahren hatten Australier durchschnittlich 190 Liter Bier jährlich getrunken.

Im Gegenzug dazu ist der Weinkonsum gestiegen. Mit 29 Litern jährlich trinken die Australier heute das Doppelte an Wein, was sie noch vor 35 Jahren konsumiert hatten.

Australien hat sich inzwischen unter Weinkennern einen guten Namen gemacht und zählt mit den USA, Neuseeland und Südamerika zu den Ländern mit den so genannten „Weinen aus der neuen Welt“.

Auch in Deutschland ist der Pro-Kopf-Verbrauch an Bier im letz-

ten Jahr auf den historischen Tiefstand von 101,8 Litern gesunken, wie das deutsche Statistische Bundesamt berichtete. Auch der heiße Sommer konnte die Bierbrauer nicht aus der Dauerkrise retten. Lediglich der Export von Bier legte 2010 zu. Für dieses Jahr wurden Preiserhöhungen angekündigt. (Flash d'Océanie 19.01.11, dpa online)

Vanille ausgezeichnet

Beim diesjährigen französischen Wettbewerb für Agrarprodukte („Concours Générale Agricole“) in Porte de Versailles (Paris) vom 19. bis 27. Februar ist die Vanille aus Französisch-Polynesien mehrfach ausgezeichnet worden. Mit Gold wurde der Vanille produzierende Familienbetrieb „Millaud Heiata Thérèse“ von der Insel Raiatea prämiert. Auch „Tahiti Arômes“ aus Papeete bekam die goldene Plakette. Eine silberne Auszeichnung erhielt „Hotu Vanilla“, ebenfalls von der Insel Raiatea. Die höchste Auszeichnung des Wettbewerbs, eine goldene Medaille sowie einen Preis für exzellente Qualität, erhielt das Familienunternehmen von Alain Abel auf Raiatea, „Tahiti-Vanille“ (www.tahiti-vanille.com). (<http://www.cga-paris.com/>, <http://passthrough.twnotify.net/download/559366/http://www.cga-paris.com/documents/pdf/2011.pdf>)

Facebook-Manie in Neuseeland

Laut einer nicht-repräsentativen Befragung von 700 Neuseeländern hat mehr als die Hälfte der Befragten ein Profil im sozialen Netzwerk „Facebook“. Die von der Tageszeitung „The New Zealand Herald“ in Auftrag gegebene und von der Firma „DigiPoll“ durchgeführte Befragung ergab außerdem, dass sich 14,3 % der Befragten als „Facebook-süchtig“ einstufen. 46 % der Interviewten erklärten zudem, Facebook habe entscheidend zur

Verbesserung der Kommunikation beigetragen.

Info: Facebook ist eine Website zur Bildung und Unterhaltung sozialer Netzwerke, die der Facebook Inc. mit Sitz im kalifornischen Palo Alto gehört. Die Internet-Plattform war im Februar 2004 erstmals zugänglich und erreichte im Januar 2011 nach eigenen Angaben 600 Millionen aktive Nutzer weltweit.

(<http://www.facebook.com>,
d'Océanie 10.01.11)

Flash

Jahrhundert. Eines dieser modernen Werke ist die Snake (Schlange) (1970 – 1972) von Sidney Nolan (1917 – 1992), dem australischen Maler der Moderne: eine 45-Meter lange Wand mit 1.620 individuellen Paneelen, die ein illuminiertes Gesamtwerk formen. Walsh hat MONA um diese Snake herum konstruiert und designed.

(<http://www.collectionsaustralia.net/org/1823/about/>,
<http://www.reisenews-online.de/2010/09/22/kunstmuseum-mona-zeigt-tasmanische-kunst-in-hobart/>,
<http://mona.net.au/>)

MONA eröffnet

Am 21. Januar hat in Tasmanien (Australien) das „Museum of Old and New Art“ (MONA) eröffnet. Das Museum liegt auf dem ältesten Weingut Tasmaniens, Moorilla, direkt am Derwent River vor den Toren der tasmanischen Hauptstadt Hobart. Im Museum befindet sich die größte private Kunstsammlung Australiens, darunter die Werke von Damien Hurst, Sydney Nolan und Wim Delvoye. Neben der kleinen Bierbrauerei Moo-Brew bietet MONA eines der besten Restaurants der Insel „The Source“ sowie ein Fünf-Sterne-Hotel mit acht modernen Pavillons inklusive Fitnessraum, Sauna und Schwimmbad, hier kostet eine Übernachtung etwa 325,- Euro.

Das 300 Millionen AUS-Dollar Gebäude ist ein Konstrukt aus Beton und Kortenstahl, das unterirdisch in einen Millionen Jahre alten Sandstein eingebaut ist und über drei Ausstellungsebenen verfügt. Multimillionär, Investor und Kunstmäzen David Walsh hat mit MONA ein subversives 'Disneyland' für Erwachsene geschaffen. Der Eintritt ist frei.

Die Eröffnungsausstellung „Monanism“ bietet alles „vom Kleinen bis zum Gewaltigen“, sagte Walsh: Etwa 400 Kunstwerke von ägyptischen Grabobjekten und Mumien über antike Münzen bis hin zu zeitgenössischer Kunst aus dem 20. und 21.

Abenteuerurlaub für VIPs

Taiwans Botschafter für die Marshallinseln, George TK Li, und der Präsident der „Bank of Marshall Islands“, Patrick Chen, haben ein Abenteuer der besonderen Art erlebt. Botschafter Li war nach Utrik gekommen, um dort diverse von Taiwan finanzierte Gebäude einzuweihen. Auch der Präsident der Marshallinseln, Jurelang Zedkaia, war in der regierungseigenen Maschine nach Utrik geflogen, um an den Feierlichkeiten teilzunehmen. Nach dem offiziellen Teil wurden Li und Chen gefragt, ob sie Interesse hätten, einen von Taiwan finanzierten Unterstand auf der unbewohnten Insel Bike zu besichtigen. Auf dieser baumlosen Sandbank sammeln die Frauen aus Utrik Muscheln, um daraus kunsthandwerkliche Produkte zu fertigen. Der Unterstand soll ihnen die Möglichkeit geben, sich im Schatten auszuweichen.

Die beiden Prominenten bestiegen mit einigen Leuten aus Utrik ein Speedboat und legten auf Bike an, um sich den Unterstand anzuschauen. Währenddessen riss die Ankerleine und das Speedboat trieb aufs Meer hinaus. Ohne Handyempfang konnte niemand benachrichtigt werden. Präsident Zedkaias Maschine startete ohne Li und Chen, da der Präsident wichtige Termine in Majuro wahrnehmen musste. Die Gestrandeten konnten erst am Abend von Bike „gerettet“ werden, nachdem ein

Boot auf der Suche nach den Vermissten auf Bike anlandete, mit dem auf offener See gefundenen Speedboat im Schlepptau.

Botschafter Li nahm den kleinen „Abenteuerurlaub“ mit Humor. Er freute sich sichtlich, wie sinnvoll Taiwans Investition in den Unterstand gewesen war, denn so konnten die Gestrandeten im Schatten auf ihre Rettung warten. Zurück auf Utrik feierten die Bewohner spontan die „Rettung“ mit einer typischen „Outer Island Party“. Li und Chen zeigten sich am nächsten Tag begeistert ob ihres einmaligen Erlebnisses auf dem Utrik Atoll.

Info: Utrik ist ein Atoll der Ratak-Kette der Marshallinseln mit einer Landfläche von 2,43 Quadratkilometern und einer Lagunenfläche von über 55 Quadratkilometern. Das Atoll wurde 1954 evakuiert. Alle 154 Bewohner mussten nach dem Atombombentest „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll Utrik verlassen, um einer möglichen Kontamination durch radioaktiven Niederschlag bei den Atombomben-Folgetests vorzubeugen. In den letzten Jahren hat man mit der Wiederbesiedlung des Atolls begonnen. Heute leben etwa 400 Menschen auf Utrik. Alle öffentlichen Gebäude wurden von Taiwan finanziert. (*The Marshall Islands Journal 11.02.11, Wikipedia*)

Oprah Winfrey urlaubt auf Fidschi

Die amerikanische Talkmasterin Oprah Winfrey hat ihren Weihnachtsurlaub auf der fidschianischen Insel Laucala verbracht. Winfrey und ihr langjähriger Lebenspartner Stedman Graham wurden am Flughafen von Nadi von Dietrich Mateschitz, dem österreichischem Besitzer (und Erfinder des Energydrinks „Red Bull“) des Luxus-Resorts auf Laucala, abgeholt und direkt auf die kleine Insel geflogen. Laucala liegt 45 Flugminuten von Nadi entfernt. In den vergangenen Jah-

ren hat der Geschäftsmann Mateschitz dort ein künstliches Paradies mit tropischer Vegetation und auf traditionell getrimmten fidschianischen *buress* erbaut. Der größte dieser Bungalows inmitten der Parklandschaft kostet 26.000 US Dollar pro Nacht.

Winfrey ist nicht die erste Prominente, die ihren Urlaub auf einer fidschianischen Insel verbringt. So urlaubten auf der Insel Wakaya bereits Tom Cruise, Russel Crowe, Céline Dion, Bill Gates und Pierce Brosnan. Allen diesen luxuriösen Inseln ist gemeinsam, dass nur Hotelgäste Zutritt haben, so dass die Prominenten abseits von neugierigen Touristen und Paparazzi urlauben können.

Oprah Gail Winfrey (geb. 29. Januar 1954 in Mississippi, USA) ist eine Talkshow-Moderatorin und Unternehmerin. Sie ist bekannt für *The Oprah Winfrey Show*, die bei weitem erfolgreichste Talkshow des amerikanischen Fernsehens. 2006 hatte die wöchentliche Show 21 Millionen Zuschauer in 105 Ländern. Winfrey will im September 2011 mit ihrer Talkshow aufhören.

(Flash d'Océanie 16.12.10, <http://www.laucala.com>)

† Max Watts

Am 23. November 2010 starb in Sydney an den Folgen einer Krebserkrankung Max Watts, ein engagierter Kämpfer für die indigene Bevölkerung in Westpapua, die Minengegner auf der Insel Bougainville und die osttimoresische Befreiungsfront.

Max Watts wurde am 13. Juni 1928 als Thomas Schwätzer in eine jüdisch-säkuläre Mittelklassefamilie in Wien geboren. Nach Hitlers Machtübernahme flüchtete die Familie 1938 zunächst nach Frankreich, musste sich dann aber für die weitere Flucht trennen. Max ging mit seinem Vater nach England, wo dieser Selbstmord beging, so dass Max

in Heimen aufwuchs. 1944 konnte er zu Mutter und Schwester in die USA ausreisen, wo er Politik, Ökonomie und Aviatik studierte, sich als Drucker qualifizierte und sich in der Internationalen Typografiegewerkschaft engagierte. Um nicht als Soldat in den Koreakrieg eingezogen zu werden, emigrierte er Anfang der 1950er Jahre nach Israel, später dann zurück nach Frankreich. Dort studierte er Geophysik, promovierte und lehrte an der Universität von Paris. Aus dieser Zeit stammt auch sein Pseudonym: Max Watts = MAXimum WATTage (maximale Leistung). Nach einer kurzen Lehrtätigkeit in Kuba kam Watts zurück nach Paris, wo er unter anderem in den Cafés mit Jean-Paul Sartre zu philosophieren pflegte. Von Paris aus unterstützte er den Widerstand der US-amerikanischen GIs gegen den Vietnamkrieg. Er gründete gemeinsam mit anderen die Organisation „Resistance inside the army“ (RITA), für die er zeitlebens publizierte und auf das Schicksal von Deserteuren aufmerksam machte.

Später lebte Watts in Heidelberg, dem Standort des Hauptquartiers der US-Armee in Deutschland. Er arbeitete als freier Journalist und schrieb u.a. für den „Stern“ und den „Spiegel“. Ende der 1970er Jahre gehörte Watts auch zu den Gründern der alternativen Tageszeitung „taz“. Später wanderte Watts nach Australien aus, von hier aus schrieb er für australische und deutschsprachige Zeitungen, vor allem über die Bougainville-Krise und den Kampf der Papuas für ihre Unabhängigkeit. Außerdem war er Ozeanien-Repräsentant bei „Reporter ohne Grenzen“.

Dr. Thomas Schwätzer alias Max Watts war mit Pazifik-Netzwerk-Mitglied Norbert Braumann befreundet, beide engagierten sich von Sydney aus in der Pazifikarbeit. (Nachruf von Norbert Braumann in der WOZ vom 09.12.10, Neues Deutschland 25.11.10)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ALLGEMEIN

Hörbibeln als „GottPods“ an Analphabeten verteilt

Zehn Clanführer erhielten bei einer Dorfversammlung Ende Januar in Gabensis, Papua-Neuguinea, je eine Hörbibel, den so genannten „GottPod“, vom adventistischen Weltkirchenpräsidenten, Pastor Ted Wilson geschenkt. Er besuchte auf einer 16-tägigen Reise die Kirchgemeinden Ozeaniens.

Der „GottPod“ habe seinen Namen in Anlehnung an den bekannten iPod erhalten. Das Abspielgerät enthalte die ganze Bibel auf Pidgin, sowie Gesundheitstipps, Anleitungen zum Bibelverständnis und 100 beliebte Bibelgeschichten für Kinder. Das Audiogerät ermögliche allen, die nicht lesen könnten, die Bibel in ihrer Sprache zu hören, sagte Pastor Gary Kent, der Sprecher des adventistischen Fernsehprogramms 'It Is Written'.

„Diese Bibel hat ein Solarpanel, sodass sie keine Batterien braucht und weil sie auch keine beweglichen Teile hat, fällt kein Service an“, erklärte Kent. „Wer die Bibel nicht selbst lesen kann, hört sie jetzt und erfährt auf diese Weise die Wahrheit über Gott.“

Die Initiatoren ließen 4.000 „GottPods“ produzieren und werden sie in den Dörfern des Hochlands von Papua-Neuguinea verteilen. Sie hoffen, in Zukunft weitere 6.000 Abspielgeräte herstellen und weitergeben zu können.

In Papua-Neuguinea leben 6,6 Millionen Einwohner. Zur dortigen Freikirche der Siebenten-

Tags-Adventisten gehören in 866 Kirchengemeinden rund 250.000 erwachsen getaufte Mitglieder. Sie unterhält 93 Grundschulen, drei Gymnasien, eine Hochschule, eine Universität, 38 Kliniken, einen „Flying Doctor Service“ (Fliegende Ärzte) und ein Medienzentrum für Radio- und Fernsehsendungen. (Adventistischer Pressedienst APD, www.stanet.ch/APD/news/2860.html)

Schwangere Frau eines Ausländers vergewaltigt

Der Belgier Tony Boddin gilt im abgelegenen Nondri-Gebiet von Gumine in der Simbu-Provinz als vermisst. Vermutlich wurde er ermordet, nachdem er und seine Frau vor zwei Wochen von einer Gruppe von Männern entführt worden waren. Die schwangere Frau soll zwei Tage lang wiederholt vergewaltigt worden sein, bevor sie von Kriegerern aus der Gegend gerettet wurde. So berichtet die Simbu Polizei.

Boddin war ein älterer Mann, ehemaliges Mitglied der britischen Streitkräfte, der später als Freiwilliger nach PNG kam. Er soll mit katholischen Missionaren in Goroka zusammen gearbeitet haben, bevor er nach Simbu und dann nach Jiwaka kam. Hier begegnete er seiner Frau, deren Eltern aus Manus und Jiwaka stammen.

Er soll versprochen haben, beim Schreiben von Anträgen für Entwicklungs-Projekte in der abgelegenen Nondri-Amia Gegend zu helfen.

Bisher ist kein Motiv für die Entführung, die Vergewaltigungen und den mutmaßlichen Mord bekannt. (The National 01.02.2011)

Reise ins Heilige Land legt gutes Fundament

Die Reise einer 71-köpfigen Gruppe der „Assembly of God“ (AOG) aus PNG nach Israel hat

ein gutes spirituelles Fundament gelegt für das 40ste Jubiläum der Unabhängigkeit im Jahr 2015 und darüber hinaus PNG dort bekannter gemacht, erklärte Pastor Tom Watinga bei der Rückkehr der Gruppe am Jackson International Airport in Port Moresby. Die Gruppe bestand aus Pastoren, kirchlichen Mitarbeitern und ganz normalen Gemeindegliedern. 12 Länder aus dem Osten waren nach Israel, in das Land der Bibel, aufgebrochen zu einer dreiwöchigen Reise.

PNG sei nun gut bekannt mit Israel und um die freundschaftlichen Beziehungen zu stärken, hätten sie einen Bund oder einen Freundschaftsvertrag mit ihnen unterzeichnet.

Pastor Watinga erzählte, dass es in Israel noch etwa 1.000 Überlebende des Holocaust gäbe, bei dem die Deutschen unter Hitler mehr als sechs Millionen Juden umgebracht hatten. Mit diesen Armen habe man sich getroffen und ein großes Mahl für sie ausgerichtet, an dem auch viele offizielle Vertreter des Staates teilgenommen hätten. (Wantok Nr. 1888, Oktober 2010)

ELC-PNG

Ist PNG ein „Christliches Land“ oder nicht?

Es sei ein Fehler in der Verfassung PNGs, dass jeder Mann und jede Frau ganz nach Belieben eine eigene Religion oder Kirche gründen könne. Das beklagte der berühmte Anwalt Kelly Naru anlässlich der Abschlussfeier am Senior Flierl Seminar der Evangelisch-Lutherischen Kirche in PNG in Logaweng/Finschhafen.

Naru sagte, viele nennen PNG ein christliches Land. Dies sei aber nicht durch die Verfassung gedeckt. Zwar heiße es dort in der Vorrede, dass PNG ein christliches Land sei. In Abschnitt 45 aber stünde wörtlich:

„Alle Menschen in PNG haben die Freiheit, ihre Religion zu praktizieren und ihren Glauben zu leben.“

Seiner Meinung nach passt dieses Gesetz nicht gut zusammen mit der Rede von PNG als einem christlichen Land. Denn die Verfassung blockiert nicht andere nicht-christliche Religionen. Herr Naru sagte den neuen lutherischen Pastoren: „Religion“ kann auch Hinduismus, Islam, Buddhismus oder Ahnenglaube sein. Daher das Problem, dass die Verfassung allen möglichen Religionen den Weg ins Land öffnet. (Wantok Nr. 1895, Dezember 2010)

RÖM.–KATH. KIRCHE

SVD in PNG hat neuen Provinzial

Seit Anfang des Jahres haben die Steyler Missionare der „Societas Verbi Divini“ (SVD) einen neuen Provinzial: Pater John McCarthy. Er kommt aus Irland und lebt schon seit 1979 in PNG. Zuvor war er lange Jahre in der Erzdiözese Mt. Hagen tätig. Die letzten Jahre leitete er das Catholic Theological Institute (CTI) in Bomana. „Ich glaube an die Arbeit der SVD in PNG und ich glaube auch an die Kirche in PNG“, betonte er in einem Interview. (Wantok Nr. 1898, Januar 2011)

Papst ernennt neuen Erzbischof für Madang

Vatikan: Der Heilige Vater ernannte Bischof Stephen Reichert (O.F.M.) aus Mendi, PNG, zum Erzbischof von Madang (153.000 katholische Gläubige, 39 Priester). Reichert wurde 1943 in Leoville, U.S.A., geboren, 1969 als Priester ordiniert und 1995 zum Bischof geweiht. Er tritt die Nachfolge von Erzbischof William Kurtz (S.V.D.) an, dessen Rücktritt wegen Erreichung der Altersgrenze der Papst akzeptierte.

(30.11.2010
http://faithofthefathersbenedictxvi.blogspot.com/2010/11/news-vatican-information-service_30.html)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Pazifische Kirchen entsetzt über schwule Priester

Australien: Mehrere Migrations-Gemeinden der „Uniting Church of Australia“, deren Mitglieder von den pazifischen Inseln stammen, haben eine potentielle Abspaltungsbewegung gegründet. Es geht dabei um den Umgang mit Homosexualität. Der Bewegung schlossen sich andere Gemeinden aus Chinesen, Koreanern und Aborigines an. Man beschuldigt die Uniting Church, sie wende sich von der biblischen Lehre ab, indem sie Homosexuelle zu Priestern weihen wolle. Die Gruppe nennt sich „Versammlung der Bekennenden Gemeinden innerhalb der Uniting Church“. Einer ihrer Führer, Rev. Dr. Hedley Fihaki, ein tonganischer Priester in Cairns, sagte, insbesondere Christen von den pazifischen Inseln fänden es unmöglich, mit den Ansichten der Uniting Church konform zu gehen.

(<http://www.radioaustralia.net.au/pacbeat/stories/201101/s3121569.htm>)

Aufruf an Polizei und Kirche: Sakrileg bekämpfen

Fidschi: Die fidschianische Polizei wurde dazu aufgefordert, den Tatbestand „Sakrileg“ in ihre Kriminalstatistik aufzunehmen. Dies folgt auf ein Vorkommnis in der Nähe von Suva, bei dem einer hinduistischen Familie eine religiöse Statue gestohlen wurde.

In Fidschi gab es immer wieder Fälle von religiös motiviertem Vandalismus, einschließlich der Entweihung hinduistischer Tempel.

Rev. Akuila Yabaki, Geschäftsführer der NGO „Citizens Constitutional Forum“, bezeichnete den jüngsten Vorfall als beunruhigend und wünscht größere Anstrengung seitens der Polizei und der christlichen Kirchen beim Kampf gegen solche Übergriffe.

(<http://www.radioaustralia.net.au/pacbeat/stories/201101/s3118507.htm>)

Mormonen spenden Rollstühle

Marshallinseln: Der humanitäre Hilfsdienst der „Kirche Jesu Christi der Heiligen der letzten Tage“ spendete einen Container mit Rollstühlen, Gehhilfen und Stöcken für die Menschen der Marshallinseln an das Gesundheits-Ministerium.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung Rehabilitation im Gesundheitsministerium werden die Rollstühle und anderen Mobilitäts-Hilfen an Bedürftige in der gesamten Republik Marshall Inseln verteilt, auch auf den äußeren Inseln und Ebeye.

(*The Marshall Islands Journal*, 26.11.2010)

Impressum:

Kein Pressedienst

**Nachrichtenzusammenstellung
und Redaktion:** Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Pfr. Peter Trapp

"pazifik aktuell" erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

**Wir bitten um eine Spende für die
Partnerkirchen im Pazifik auf das
Konto 10 11 111, BLZ 520 604 10,
Evang. Kreditgenossenschaft eG**

Quellen:

Australien Info • Asia Pacific News
 • BBC News • Islands Business
 • Flash d'Océanie • National
 • Oceania Flash • Pacific Beat
 • Pacific Islands Report • Pacific
 Magazine • Post-Courier • Radio
 Australia • Radio New Zealand
 • Sydney Morning Herald •
 Tahitipresse • The Lutheran
 • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
 INFORMATIONSSTELLE



**Mission
EineWelt**

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission
der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
 Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120